

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie dem Beilage „Unterhaltung und Wissen“.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 50 Pfennig. Kleinanzeigen 5. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig.

Anzeigen für die 5. bis 8. Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 9. Juli 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Behandlung der Inder.

Furtwänglers Beobachtungen Streitgegenstand im Unterhaus.

London, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die Indien-Debatte des Unterhauses, welche im Mittelpunkt der Freitagssitzung stand, endete in stürmischen Szenen, zu denen der jenerzeit im „Vorwärts“ veröffentlichte Bericht des Genossen Furtwängler, der sich als Vertreter der Textilarbeiter-Internationalen in Indien befand, und worin er schildert, wie er einen Kuli den tätlichen Angriffen eines britischen Offiziers entzogen hat, den Anlaß gab.

Der Vorfall kam dann vor Schluß der Debatte nochmals zur Diskussion Lord Winterton griff den Genossen Shaw in der bestmöglichen Weise deshalb an, daß er den Vorfall nicht der Polizei gemeldet habe, wobei er unter dem Beifall der Konserveration Shaw vorwarf, daß er weder Namen, noch Ort, noch Datum des Vorfalls angegeben habe.

Die Linke bleibt fest.

Der Dauerkampf um die Wahlreform.

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Freitagmorgen 8 Uhr die Sitzung aufgehoben, nachdem sie ununterbrochen seit Donnerstag nachmittags die ganze Nacht hindurch getagt hatte, ohne daß es ihr aber infolge der Obstruktion der Rechtsparteien gelungen wäre, auch nur den ersten Artikel des Entwurfs über die Wahlreform zu verabschieden.

Frauenwahlrecht als Obstruktionsmittel.

Paris, 8. Juli. (W.T.B.) Die Kammer setzte heute nachmittags die Diskussion über die Wahlreform fort. Bei Beratung des Artikels 1 des Gesetzes, der die Wiedereinführung der Einmännerwahl bestimmt, ergreift zuerst der kommunistische Abgeordnete Desourme das Wort, um ein Amendement einzubringen, betr. das Frauenstimmrecht.

und Tumult im Unterhaus, der erst nach Schluß der Sitzung endete.

Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohammedanern.

Kalkutta, 8. Juli. (W.T.B.) Zuverlässigen Meldungen zufolge sind bei den Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern in Balshipara (Bengalen) 20 Personen verwundet und 60 mohammedanische Häuser niedergebrannt worden.

Englische Einwendungen gegen Dr. Schnee.

Als deutsches Mitglied der Mandatskommission.

London, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Londoner diplomatischen Kreisen war in den letzten Tagen das Gerücht verbreitet, daß Deutschland für den Fall der Gewährung eines Sitzes in der Mandatskommission des Völkerbundes den ehemaligen Gouverneur von Deutschostafrika und jetzigen volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Schnee nominieren würde.

Es trifft zu, daß Dr. Schnee für den erwähnten Posten in Aussicht genommen ist. Daß die deutschen Kolonialfachleute fast ausnahmslos Anhänger des Kolonialgedankens sind, ist wohl anzunehmen. Soll aber Deutschland in die Mandatskommission etwa einen Richtschmann entsenden?

Keines dieser taktischen Manöver ihrer Gegner einliehen, haben wir bereits ausführlich gewürdigt. Neb. des „A.“) Hierauf stellt der Kommunist Berihon den nächsten Obstruktionsantrag, und zwar einen Vertagungsantrag, bis die Wahlrechtskommission die Bedingungen festgelegt hat, unter denen die Frauen sich im Jahre 1928 an der Wahl beteiligen können.

Ausscheiden Marins aus dem Kabinett!

Paris, 8. Juli. (W.T.B.) In einem Stimmungsbild aus den Wandelgängen der Kammer weist havas auf die Unzufriedenheit eines Teils der nationalistischen Fraktion Marin mit der Haltung der Regierung in der Frage der Wahlreform hin.

Reichstagsauschuß gegen Reichsregierung

Neue Niederlage des Reichskabinetts.

Das Zusammenspiel zwischen Bürgerblockregierung und Bürgerblockparteien läßt immer noch zu wünschen übrig. Die Regierung wird heifroh sein, daß sie am Sonnabend auch die eigene Gefolgschaft für einige Monate sich vom Hals schossen kann.

Der Ausschuß für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes beschloß am Freitag, die Reihe der Bilder der Reichstagspräsidenten fortzusetzen und infolgedessen die Bildnisse der Reichstagspräsidenten Dr. David (Nationalversammlung), Wallraf und Böde zu beschaffen.

Das Anschlußproblem.

Drei Gruppen der Anschlußfreunde.

Von Otto Bauer, Wien.

Der Aufsatz des Genossen Otto Bauer über „Wandlungen und Probleme der Anschlußpolitik“ im „Kampf“ hat in seiner Formulierung Aufsehen auch in Deutschland erregt und Polemiken hervorgerufen.

Mein Artikel im „Kampf“ scheint vielen, denen der Anschluß am Herzen liegt, erst ins Bewußtsein gehoben zu haben, daß es auch unter den Anhängern des Anschlusses sehr verschiedene Ansichten über den Weg zum Anschluß, über die Voraussetzungen, unter denen der Anschluß durchgeführt werden können, gibt.

Wenn ich von den Anhängern des Anschlusses spreche, möchte ich zunächst eine Gruppe ausschließen. Es sind das Leute, die den alten Partikularismus, das traurigste Erbe der deutschen Geschichte, die alte Abneigung des katholischen Oesterreich gegen das protestantische Preußen, die traurige Hinterlassenschaft der Kämpfe zwischen Habsburg und Hohenzollern, noch nicht überwunden haben.

Die erste Gruppe möchte ich die pazifistische nennen. Sie hofft, ohne Krieg und ohne Revolution den Anschluß durch den Appell an das Rechtsgefühl der Welt, durch den Nachweis, daß Deutschösterreich, auf sich selbst gestellt, nicht lebensfähig sei, durch Anrufung des Völkerbundes erreichen zu können.

In den Jahren 1918 und 1919, vor dem Friedensschluß, als noch starke Strömungen in den Vereinigten Staaten und in Italien das Anschlußverbot ablehnten, durfte man hoffen, mit Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht, mit dem Nachweis, daß Deutschösterreich nicht lebensfähig sei, die Aufnahme des Anschlußverbotes in die Friedensverträge mit Erfolg bekämpfen zu können.

Die zweite Gruppe der Anhänger des Anschlusses — man kann sie die kriegerische Gruppe nennen — weiß das sehr gut. Sie glaubt, ein sieghafter Krieg sei der Weg zum Anschluß. Ein Krieg werde Deutschland Gelegenheit geben, sich einer oder der anderen der beiden Kriegsparteien anzuschließen und sich dadurch den Anschluß als seinen Teil an der Siegesbeute zu sichern.

Die dritte Gruppe ist die, deren Ansichten ich immer verfolgt habe. Man kann sie die revolutionäre

Gruppe **wann** **kegeln** **Gemüter** seien dabei an Lassalles Wort **ernst**, **daß** **wir** **Sozialdemokraten**, wenn wir von der sozialen Revolution sprechen, keineswegs immer die „Revolution im **Handgeheim**“ meinen. Wie stellt sich diese dritte Gruppe **den** **Anschluß** vor? Wir wünschen und wollen den Anschluß **ganz** **unabhängig** davon, wie sich gerade im Augenblick die inneren Verhältnisse im Reich gestalten. Aber wir teilen nicht die Illusionen der pazifistischen Gruppe; sie legen eine allzu optimistische Beurteilung kapitalistischer und reaktionärer Mächte voraus. Und wir wollen nicht die Abenteuer, auf die die kriegerische Gruppe hofft; wir wollen nicht, daß Deutschland je den Anschluß mit der Teilnahme an einem Kriege erkaufe. Wir sehen einen dritten Weg: revolutionäre **Nachumwälzungen** in Italien und in Frankreich, mögen diese Umwälzungen nun das Ergebnis der inneren Entwicklung dieser Länder oder die Folge eines gegen den Willen und Widerstand der Arbeiterklasse ausgebrochenen europäischen Krieges sein, werden die Macht des italienischen Faschismus und des französischen Imperialismus, den Anschluß zu verhindern, vernichten. Aber jede Revolution in Frankreich und in Italien würde ganz Europa revolutionieren. Jeder europäische Krieg würde die Revolution in ganz Europa entfesseln. In beiden denkbaren Fällen wird also der Anschluß vollzogen werden in einer Zeit revolutionärer Umwälzungen in ganz Europa. Hat die Revolution von 1848 den Gedanken der deutschen Einheit geboren, hat die Revolution von 1918 ihn wieder belebt, so wird die nächste Welle der europäischen Revolution ihn verwirklichen.

Ich habe 1918 den Anschluß als die nationale Aufgabe der vom Proletariat getragenen Revolution verstanden. Ich habe 1923 in meiner „Österreichischen Revolution“ die Ansicht verfochten, daß erst der Augenblick, in dem „der jetzt unterbrochene revolutionäre Prozeß wieder von neuem einsetzt“, mit der sozialen Revolution des Proletariats die nationale Einheit des deutschen Volkes verwirklichen wird. Ich habe in meinem „Kampf“ Artikel nur diese meine alte Auffassung wiederholt. Aus zwei Gründen lege ich ihr Bedeutung bei.

Der Anschluß soll uns kein bloßer Traum sein. Wir wollen einen gangbaren Weg zum Anschluß sehen. Wir wollen einen Weg sehen, ohne einerseits in die Illusion verfallen zu müssen, die Landkarte Europas könnte in voller Ruhe, ohne alle Erschütterungen revidiert werden, und ohne andererseits uns mit unserem Willen, uns in keinen Krieg hineinzuzerren zu lassen, in Widerspruch zu setzen. Die revolutionäre Hoffnung zeigt uns den Weg.

Sie leistet uns noch mehr. Indem sie den Arbeitern sagt, daß der Anschluß kein isolierter Akt sein wird, sondern ein Teil großer Umwälzungen, die auch das innere Bild Deutschlands umgestalten werden, zerstreut sie nicht nur die Befürchtungen mancher Arbeiter, daß sie den Anschluß mit dem Verlust mancher sozialer Errungenschaften erkaufen müßten, sondern vernüpft geradezu die Hoffnung auf den Anschluß mit der Hoffnung auf die soziale Befreiung der Arbeiterklasse. Indem sie das nationale und das soziale Ideal verknüpft, gibt sie dem Anschlußwillen der Arbeiterklasse die stärkste Kraft.

Diese Verknüpfung des Ideals der nationalen Einheit mit dem Ideal der sozialen Befreiung, diese Auffassung, daß dieselbe revolutionäre Entwicklung die deutsche Einheit verwirklichen und die deutsche Arbeiterklasse befreien werde, ist seit der Entstehung der deutschen Sozialdemokratie eine unserer Grundauffassungen. Im Jahre 1872 hat Wilhelm Liebknecht, des Hocherrats angeklagt, vor den Leipziger Geschworenen bekannt: „Ein zweifaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeleuchtet: das freie und einig Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes. Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht.“

Der fliegende Pfarrer.

Der Pfarrer Leichmann, der die Braute
Im Flugzeug mit dem Bräutigam trauete,
Er ist nunmehr in hohem Bogen
Auch aus dem Kirchenamt geflogen.

Ein Vorgang, den ich nicht verstehe:
Er gab doch Ehr' Gott „in der Höhe“.
Soll wirklich „Friede sein auf Erden“
Muh in der Luft geheirat' werden.

Trau keiner Bibelergesse!
Folgst du der Deutung, biste Reese.
Im Flugzeug wie der Pfarrer Leichmann,
Erleuchtet, ach, kein himmlisch Reich man.

Mich, von Lindenbuden.

Ein Richter verspricht sich.

Durch Siegmund Freud wissen wir, daß die kleinen **Freihandlungen** des alltäglichen Lebens (das Versprechen, Vergreifen, Verschreiben usw.) keineswegs so harmloser Natur sind, wie wir uns das gern einbilden. In ihnen manifestiert sich vielmehr unser Unterbewußtsein, das sich einen Augenblick der strengen Kontrolle des Bewußtseins entziehen hat. Wenn wir uns verplappern, sagen wir im Grunde die Wahrheit, d. h. wir sagen das, was wir nach unserem inneren Gefühl sagen möchten, uns aber aus irgendwelchen höheren Rücksichten nicht zu sagen getrauen.

„Sie haben sich einen schönen Hut aufgepaßt“, lobt Frau E. ihre Freundin. „Gepaßt“ wollte sie eigentlich heucheln. Aber ihr wahres Urteil ist mit dem Rundwert durchgegangen. — „Unsere geliebte Nummer enthält einen Dreifehler“, vergreift sich der Zeitungsetzer, denn er ärgert sich über den „Dreier“, den er da angerichtet hatte.

„Im Namen des Königs — Gordon — im Namen des Volkes“ verspricht sich Herr Landgerichtsdirektor Somrath bei der Urteilsbegründung gegen den „Vorwärts“.

Holla, was war denn das? Hat sich da ein Richter der Republik dem bösen „Vorwärts“ gegenüber ganz unbewußt wieder in der Rolle des alten königlichen Ordnungshüters gefühlt? Ach, der psychoanalytische Späh liegt noch viel tiefer! Der ganze Prozeß dreht sich ja um die Frage der Geltungsbegehre. Es wurde gefragt, ob **Karriereoffiziere** bei leidlich korrekter äußerer Haltung innerlich doch eine unüberwindliche Abneigung gegen die schwarzrotgoldene Flagge und die Republik empfinden. Sie hätten bei dem Worte „Republik“ lebhaft aufbeist, hieß es in dem Urteil, der dem infamisierten Artikel des „Vorwärts“ zugrundelag. Husten ist aber auch nichts anderes als eine reflektorische Abwehrbewegung. Wir husten zunächst physisch, um einen in die Luftröhre eingebrungenen Fremdkörper zu entfernen. Wir husten aber auch kraft einer psychischen Übertragung, um einen unangenehmen Eindruck aus unserem Innern loszuwerden.

Pessimismus im Zentrum.

Trotz **Sollwucher** und **Verfassungsabstote**.

Nachdem das Zentrum — seine Arbeiterabgeordneten eingeschlossen — die **Zollvorlagen** des Herrn Schiele mit Haut und Haaren geschluckt hat, nachdem es durch kaum mehr verhältnißmäßige Ausweichungen auch den **Verfassungstag** den deutschnationalen Koalitionsbrüdern geopfert hat, gibt es nach außen die Parole aus, es sei durchaus nicht an die gegenwärtige Koalition gebunden und denke nicht daran, mit ihr gemeinsam einen Wahlkampf zu führen.

Das letztere ist augenscheinlich für die rebellierenden Schichten der Zentrumswähler geschrieben, die mit Recht befürchten, daß es dem Einfluß des rechten Zentrumsflügels gelingen könnte, die Partei ganz in das monarchistisch-deutschnationale Lager zu führen. Es ist deshalb sicher nicht von ungefähr, daß gleichzeitig in der „Germania“ wie einer parteiunabhängigen Korrespondenz Artikel erscheinen, die in ihrem Grundgedanken einheitlich sind und die fraktions-offiziöse Quelle nicht einmal zu verhehlen bestrebt sind. Der gemeinsame Zug in beiden Veröffentlichungen ist der Ausdruck starken Mißbehagens über die politische Lage der Partei, ein Mißbehagen, das in der „Germania“ sich zu dem Bekenntnis verdichtet, die Partei rufe geradezu nach dem Führer, der ihr gegenwärtig fehlt und für den Gruppen- und Gruppenführer sein Ersatz seien.

In der offiziellen Parteikorrespondenz wird auseinandergesetzt, daß die Hoffnungen, mit der gegenwärtigen Rechtskoalition das Reichschulgesetz zustande zu bringen, sehr gering geworden sind. Fünf Monate sei der Minister Reudell im Amt, aber noch immer sei der von ihm versprochene und persönlich bearbeitete Entwurf weder dem Reichstag noch dem Reichsrat vorgelegt worden. Selbst wenn es möglich wäre, das Gesetz noch im Oktober dem Bildungsausschuß des Reichstags zu überweisen, sei die Fertigstellung des Gesetzes im gegenwärtigen Reichstag sehr unwahrscheinlich. Sollte aber dieser Reichstag und diese Regierung sich als unfähig erweisen, das Schulgesetz des Zentrums zu machen, so werde — das Zentrum seine eigenen Wege zu gehen wissen!

Das klingt außerordentlich scharf und ist im Zusammenhang mit der Entschließung des Parteiausschusses über die „Freiheit des Zentrums“ sicher nicht als ein unbedingtes Jawort an die deutschnationale Koalitionsfreundin gedacht. Viel eher könnte man annehmen, daß es einer **Pression** auf sie gleichmäße, nach der Opferung des Verfassungstages und der Darbringung der Zölle in die Ehe nun auch das Zentrumschulgesetz als Gegengabe so zu beschleunigen, daß das Zentrum mit einem katholischen Erfolg vor seine Wähler treten kann.

Ohne diesen „Ersatz“ könnte es allerdings so kommen, daß weite Schichten der bisherigen Zentrumswähler sehr wenig Neigung zeigen, weiter für die Partei zu stimmen und zu arbeiten, die den republikanischen Reichspräsidenten-kandidaten stellte und dann mit deutschnationalen und volksparteilichen Monarchisten auf Gedeih und Verderb sich verbündete.

Reaktionäre Verfassungsfreunde.

Deutschnationale, Preußen und die Verfassungsfeier.

Die reaktionäre Presse, besonders in der Provinz, kritisiert lebhaft die Haltung Preußens bei der Frage des Nationalfeiertags und bei den übrigen Konsulten, die sich im Reichsrat zwischen Länder und Regierungen ergeben hat. Diese Kritik ist gutes Recht, soweit dabei sachliche Gründe angeführt werden. Tatsächlich aber wiederholen sich entsprechend der von den Deutschnationalen ausgegebenen Parole immer wieder die Bormärche, daß die preussische Regierung lediglich aus parteitaktischen Gründen auf die Zertrümmerung des Rechtsblocks im Reich

hinarbeite. Ganz besonders scharf wird das im Zusammenhang mit der Frage der Verfassungsfeier ausgesprochen.

Diese reaktionäre Macho ist nichts anderes als schamlose Demagogie. Sie erklärt sich aus dem Bestreben der Deutschnationalen, die preussische Regierung unter allen Umständen zu Fall zu bringen und zu diesem Zwecke auf das Zentrum in Preußen einen Druck auszuüben. Aber die Verfassungsfeier ist der denkbar schlechteste Anlaß dazu. Die ganze Diskussion über die Verfassungsfeier wäre wenigstens für den Bereich Preußens von geringerer Bedeutung, wenn nicht das Oberverwaltungsgericht das bekannte Flaggengericht gefällt hätte, das sogar eine Aufhebung der Städte gegen preussische Anordnungen als erlaubt hinstellt. Wenn Preußen seine Staatsautorität wahren will, so muß es verlangen, daß das Reich auf dem Wege der Gesetzgebung Klarheit schafft. Dadurch gewinn die Forderung Preußens nach dem Verfassungstag eine besondere Bedeutung.

Uebrigens hat sich die Reaktion noch niemals aufgeregt, wenn Bayern die schlimmsten Quertreibereien gegen die Reichseinheit sich leistete. Dafür wurde es sogar noch vom deutschnationalen Reichsinnenminister öffentlich gelobt. Soeben erst ist eine Deputation von bayerischen Ministern bei der Reichsregierung erschienen, um das Steuervereinfachungsgesetz zu verhindern. Auch hierfür findet die deutschnationale Presse kaum ein Wort der Kritik.

Eine andere Sache ist es aber natürlich, wenn Preußen republikanische Politik treibt. Hier tritt der Gegensatz der preussischen Koalition und der Reichsregierung im Reich mit außerordentlicher Schärfe zutage. Das ist nicht Schuld der Preußenregierung. Sie hat sich seit Jahren nicht geändert, und sie brauchte auch erst keine Richtlinien, um ein Scheinbekenntnis für die republikanische Verfassung abzulegen. Wenn der Rechtsblock im Reich anderer Meinung ist, so muß er es sich gefallen lassen, daß er damit bei den Ländern auf Widerspruch stößt. Dieser Widerspruch wurde nicht von Preußen allein, sondern von einer ganzen Reihe anderer Freistaaten erhoben, was beweist, daß nicht parteitaktische, sondern vielmehr sachliche Gründe vorgelegen haben.

Rechtsregierung ohne Rechtsgrundlage.

Schiele, Reudell, Hergt und Koch als Usurpatoren.

Der Rechtsblock macht **Sollgeetze**, die die Rat des Volkes weiter steigern. Der Rechtsblock führt die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen — wie beim **Büchereiarbeiter** — planmäßig durch. Der Rechtsblock unter Führung der Deutschnationalen verhindert eine gerechte Lösung der **Kurienabfindung**. Seit erfahren wir, daß die Regierung des Rechtsblocks, daß die Minister Hergt, Reudell, Koch und Schiele ihre Ämter ohne jede Rechtsgrundlage innehaben. Nämlich in dem Organ **Wohlfahrt**, der **Arbeitszeitung**, ist am Freitagabend zu lesen:

Die erste Vorbedingung für jede Regierung ist daher, daß sie eine rechtmäßige ist. Und zweitens, daß sie die ethischen Forderungen Gottes und der Staatserhaltung durchführt. Beide Hauptbedingungen fehlen aber bei unserer Regierung von Volks- und Revolutionsgnaden, damit aber auch ihre **Erstgeborenen**... Eine **Vollkommentarität** gibt es in Wahrheit nicht, sie ist und bleibt nur Revolution und Usurpation.

Da **Wohlfahrt** diese Regierungsorganisation wie so vieles andere „befehlen“ hat, so muß er über ihre Erstgeborenen hinreichend informiert sein. Er läßt durch sein eigenes Leitblatt seinen deutschnationalen Freunden in der Regierung bescheinigen, daß sie nur Usurpatoren seien...

Wir wagen nicht zu widersprechen, und erwarten, daß sie, schleunigt dem Wink ihres Fraktionschefs folgend, aus der „Revolutionsregierung“ verschwinden!

Im eine Hoffnung **Armer** ist der **Antifemismus**: **Henry Ford** sagt sich in öffentlicher Erklärung von ihm los, nichts läge ihm ferner, als Judenheit, im Gegenteil er anerkennt durchaus die Leistungen des Judentums.

Dieses Husten der Offiziere (das also keineswegs bewußt gemeint zu sein braucht) wird entriestet in Abrede gestellt. Das Gericht teilt die Entrüstung, denn es erhöht die Strafe der ersten Instanz von 500 auf 1500 M. Und nun — o Ironie des Schicksals — widerspricht dem Vorstehenden das **Waltheur**, bei der Urteilsverteilung selbst zu „husten“!

Er wollte beweisen, daß es eine nur geheuchelte republikanische Treue und Zuverlässigkeit unter den Beamten nicht gibt. Aber in seinem Unterbewußtsein hatte sich alles verschoben. Da war befehligt worden die alte kaiserliche Marine, das alte kaiserliche Marineoffizierskorps, und er, der königlich preussische Landgerichtsdirektor, thronte auf seiner sella curulis, um ganz im Geiste des alten Systems an der verworrenen Rolle der roten Republikaner strenge Justiz zu üben. Und so drängte ihm, gerade da er im Urteil den inneren Zwiespalt seiner Offizierskollegen zu negieren gedachte, das tückische Unterbewußtsein ein stolzes „Im Namen des Königs“ über die Lippen.

Wir verurteilen den kleinen Berräter, der uns allen in unserem Unterbewußtsein aufbauert, jederzeit bereit, unseren stolzesten Deklamationen und Bekenntnissen hinterwärts ein Bein zu stellen. Aber die **Ritwelt** hat das Recht, sich an dem Kokold zu ergötzen. Besonders wenn er uns wie im vorliegenden Falle verrät, daß in dem Richter, dessen Bewußtsein den Zwiespalt republikanischer Korrektheit und monarchischen Fühlens streng verurteilt, ein fromm monarchisches Unterbewußtsein schlummert. Die Behauptung, die er amtlich als erlogen bestrafe, hat er menschlich mit einem kleinen Versprechen — lust bei der Urteilsverteilung — als durchaus zutreffend bejaht. „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!“ hat einst ein Weiser gesprochen. Jonathan.

Zu **Käthe Kollwitz** 60. Geburtstag sind der Jubilarin eine Ueberfülle von Glückwünschen und Ehrungen zuteil geworden. Hunderte von Blumenarrangements füllten schon in früher Morgenstunden die Wohnräume der Künstlerin im Norden Berlins. Von allen Seiten liefen Briefe und Telegramme ein. Das **Breuchläse Kultusministerium** und das **Ministerium des Innern** knüpften an ihren Glückwünschen die Mitteilung, daß das geplante **Friedhoffenbild** für den gefallenen Sohn der Künstlerin vom Staat übernommen werde. Der **Oberbürgermeister** von Berlin sandte ein langes Schreiben. Der **Glückwunsch ihrer Heimproving** lautete: „Der großen Künstlerin warmer Menschlichkeit und Mütterlichkeit sendet im Namen des **Oberpräsidenten** von **Preußen** herzlichste Glückwünsche **Vizepräsident Dr. Herbst**.“ Von der **Academie der Künste** war eine Deputation unter persönlicher Führung **Max Liebermanns** erschienen. Vom **Partei-vorstand** der **SPD** traf folgendes Schreiben ein: „Zu Ihrem 60. Geburtstag sendet Ihnen der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie die herzlichsten Glückwünsche. Die feierliche Erregung der um politische Bekämpfung und soziale Gleichstellung kämpfenden Frauen und Männer des schaffenden Volkes haben Sie in höchem Maße für alle Zeiten meisterhaft festgehalten. Möge es Ihnen vergönnt sein, mit gleicher Künstlerkraft noch viele Jahre zu schaffen.“ **Müller, Wals, Crispian**. Es gratulierten ferner der Vorstand des **Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**, der **Berliner Bezirksparlament der SPD**, die **Redak-**

tion des „**Vorwärts**“, der **Wirtschaftliche Verband** der **Künstler** sowie viele Vertreter anderer Organisationen und Verbände. Vertreter der Presse waren erschienen neben zahllosen Künstlern. Das **Deman-Quartett** brachte in herrlicher Weise den zweiten Satz der **Beethoven'schen F-Moll-Sonate** zum Vortrag.

Käthe Kollwitz bittet uns, da sie nicht imstande ist, den zahllosen Gratulanten persönlich zu danken, an dieser Stelle ihren Dank auszudrücken.

Streit um die Lantlemenabrechnungen der Theater. Die vom **Verband Deutscher Bühnenautoren** gegründete **Zentralstelle**, die eine Kontrolle der Lantlemenabrechnungen der deutschen Theater während der letzten Monate durchgeführt hat, ist bekanntlich auf erhebliche Abweichungen in den Abrechnungen zugunsten der Autoren gestoßen. Ein Teil der festgestellten Differenzen in den Abrechnungen, die sich zum Teil auf führende Bühnen im Reich erstreckten, ist inzwischen durch Verhandlungen auf gutlichem Wege beigelegt worden. Mit einer Reihe weiterer Bühnen, darunter in Leipzig und Hamburg, ist bisher eine Einigung nicht erfolgt, so daß der Autorenverband gezwungen sein wird, auf dem Wege der Klage seine Forderungen sicherzustellen. Der Verband wird ferner zu Beginn der neuen Spielzeit eine Liste derjenigen Theater veröffentlichen, für deren **Fehlabbrechnungen** überhaupt keine Erklärung abgegeben werden konnte. Die Summe, um die die Autoren geschädigt worden sind, wird von der Zentralstelle an Hand der Kontrolle auf über 200 000 Mark geschätzt.

Eine **Oper mit lateinischem Text**. **Stravinskys** neue Oper „**Röng Oedipus**“, die dieser Tage in Paris uraufgeführt wurde, enthält das Libretto mit lateinischem Text. **Stravinsky** äußerte sich einem **Interlocutor** gegenüber, daß er den lateinischen Text deswegen gewählt habe, weil dies die Sprache der Wissenschaft, der Medizin und der Jurisprudenz und als die geeignetste für die klassische Musik anzusehen sei.

Was noch erfunden werden soll. Das **Britische Patentamt** veröffentlicht jetzt, wie alljährlich, eine Liste von Gegenständen und Instrumenten, nach denen im Laufe dieses Jahres am meisten von **Unternehmern** nachgefragt worden ist. Darunter steht an erster Stelle ein **mechanischer Ventil**, der **Regenschirm** in der **Westentasche**, eine **Vorrichtung** für **Flaschen** zu **entlocken** ohne **Instrument**, eine **billige Sauerstoffmaschine** für **Lüftung** im **Zimmer**, ein **Gasocher** mit **transportabler Gasbombe** und ein **Bekammreiniger** für **Schere** **kleine**.

Die Galerie Dr. Goldschmidt Dr. Wallerstein, Schneiderberg hier, zeigt in ihrer **Sommerausstellung** Gemälde und **Skulpturen** von **Sondh, Groß, Adelt, Müller, Burmann** und **Schmidt-Rottluff** und **Waldgraben** von **Kollwitz**.

Römische Junge in Adn. Bei **Archäologien** in der **Nähe** **Adn** sind **zahlreiche** **Plaster** **von** **Wägen** **und** **Wägen** **aus** **ältester** **Zeit** **gefunden**. Es wurde festgestellt, daß es sich um die **Spuren** **eines** **älteren** **Tempels** **handelt**, **der** **dem** **Kult** **des** **Sonnen-** **gottes** **Witras** **gewidmet** **war**.

Der Schriftsteller Hermann Wagner in **Groß-Schönau** in **Sachsen** ist **im** **48. Lebensjahr** **gestorben**. Er wurde namentlich als **Mitarbeiter** **des** **„Simplicissimus“** **bekannt**.

General Hoffmann gestorben.

Ein Ankläger des kaiserlichen Regimes.

In Bad Reichenhall ist nach längerer Krankheit General Mag Hoffmann im Alter von 58 Jahren gestorben. Er hat im Weltkrieg auf den östlichen Kriegsschauplätzen als leitender Generalstabsoffizier eine hervorragende Rolle gespielt, zu der er sich schon in der Vorkriegszeit sorgfältig durch Studienreisen, Erlernung der russischen Sprache usw. vorbereitet hatte. In eingeweihten Kreisen galt er, der zur Zeit der Schlacht von Tannenberg noch Oberleutnant war, als der eigentliche strategische Lenker jener Operationen, durch die Ostpreußen nach kurzer Leidenszeit von der russischen Invasion befreit wurde. Wenn auch, wie meist in solchen Fällen, der Ruhm dieses Sieges in den Augen des Volkes vor allem seinen damaligen unmittelbaren Vorgesetzten, Hindenburg und Ludendorff, zufiel, so wurde dennoch Hoffmanns persönlicher Anteil weiten Kreisen bekannt. Indessen wurde sein Name erst später, aus Anlaß eines anderen Ereignisses, in der ganzen Welt genannt. Das war, als er an den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk als Vertreter der Obersten Heeresleitung mitwirkte und eines Tages den Propagandarede der bolschewistischen Unterhändler Trocki, Kamenev und Joffe mit einem derben Hinweis auf die tatsächliche militärische Lage der Russen antwortete. Seitdem galt er weit über Deutschlands Grenzen hinaus als die Verkörperung des preußischen Militarismus, als der Mann, der bei Friedensverhandlungen mit dem Säbel raselt und „mit der Faust auf den Tisch schlägt.“ Er selbst hat in seinem Buch, der den anliegenden Titel trägt „Der Krieg der veräußerten Gelegenheiten“ eine sehr einsehende lebendige Schilderung dieser Brest-Litowsker Verhandlungen gegeben, und jene berühmte Szene erhält in seiner eigenen Darstellung einen wesentlich anderen Charakter. Insbesondere bestreitet er entschieden, daß er seine Stimme irgendwie erhoben oder mit der Faust auf den Tisch geschlagen hätte.

Vielleicht wäre es sogar zu wünschen gewesen, wenn Hoffmann wirklich als Verkörperung des preußischen Militarismus hätte gelten dürfen, denn er war in zeitlicher Hinsicht, besonders in der Fähigkeit, politische Gesichtspunkte zu verstehen, ungleich höherstehend als die meisten anderen Vertreter des preußischen Militarismus, die Deutschland durch ihren politischen Innerland ins Unglück stürzten. Dies gilt ganz besonders für Ludendorff, mit dem sich Hoffmann noch während des Krieges überwarf, als er im Geheiß zu Hindenburgs rechter Hand einer Annexion Polens durch Deutschland energisch widerstand und sogar den Kaiser durch den Hinweis auf die Nachteile zu überzeugen vermochte, die eine Vermehrung der polnischen Elemente im Deutschen Reich zur Folge haben würde. Diese Rivalität zwischen Ludendorff und Hoffmann nahm nach dem Kriege die Formen eines erbitterten Hasses an.

Dieser Haß Ludendorffs gegen seinen früheren intimen Mitarbeiter erklärt sich zum Teil auch aus dem oben erwähnten Erinnerungsbuch, das von Anklagen gegen die deutsche Heeresleitung — übrigens auch gegen Ludendorffs Vorgänger Moltke und Falkenhayn — troht. Dieses Buch bildet eine der wertvollsten Widerlegungen der Dolchstoßlegende, ganz besonders durch den wiederholten Hinweis auf die verpassten Gelegenheiten eines rechtzeitigen Friedensschlusses. In seinen Schlussbetrachtungen heißt es: „Alle Anstrengungen der Reichsleitung mündeten sich von diesem Moment an (1915) darauf richten, einen Frieden auf dem status quo (nach dem Stande vorher) zu bekommen. Ich glaube, daß ein solcher Friede im Jahre 1917 erreichbar gewesen wäre, falls wir klipp und klar auf Belgien verzichteten.“

Auch die rein militärischen Fehler der Obersten Heeresleitung während des ganzen Weltkrieges und besonders Ludendorffs bei seinem Vabanquieren einer Entscheidungsoffensive an der Westfront im Frühjahr und Sommer 1918 hat Hoffmann in seinem Buche sachlich, aber scharf kritisiert. Allerdings muß auch betont werden, daß Hoffmann ebenfalls seine Marotten hatte, vor allem, als er nach Kriegsende den phantastischen Plan eines gemeinsamen militärischen Vorgehens der Alliierten mit Deutschland gegen Sowjetrußland eifrig propagierte. Diese Idee einer militärischen Niederwerfung des Bolschewismus hatte er schon während des Weltkrieges auf Grund seiner Erfahrungen von Brest-Litowsk gehegt. Schon dieser Plan allein beweist, daß General Hoffmann, bei allen seinen sonstigen Qualitäten, die ihn vortrefflich von den eigentlichen Korpsführern des preußischen Militarismus unterscheiden, doch nur Militär war. Und deshalb hat er sich in die neue Zeit doch nicht recht hineinfinden können, obwohl er sich dazu ernsthaft bemühte und sogar eines Abends des Jahres 1921 überraschenderweise in einer öffentlichen Versammlung der Berliner Sozialdemokratie als Diskussionsredner auftrat.

Wer hat Schlageter verraten?

Völkische unter sich.

Völkische unter sich — ein Sensationsprozeß im kleinen Schwurgerichtssaal von Moabit.

Es geht um die Frage: Wer hat Lea Schlageter verraten? Genosse Severing hat im Landtag festgenommen, daß Schneider und Göge, Schlageters Gefinnungsgenossen, an ihm Verrat geübt und ihn den Franzosen ausgeliefert haben. Beide waren wegen Landesverrats in Frankreich verhaftet worden und sind später auf Grund des Londoner Amnestieabkommens, nach Aufgabe des passiven Widerstandes von dem Strafverfahren befreit worden. In jener Abrechnung hat Severing festgestellt, daß beide in Oberschlesien Kohbachs Freund Hauenstein kennengelernt und sich in die Schlageter-Kolonie eingeschlichen haben. Als aber dieser Hauenstein, der Leiter einer Sabotagegruppe war, verhaftet wurde, erklärte er, er habe Grund zur Annahme, daß Schlageter auf Veranlassung Kohbachs verraten worden sei. Göge hätte den Auftrag gehabt, die Sprengkolonnen Schlageters auseinanderzujagen.

Es geht um die Frage: Vom wem wurde Schlageter die Spitzelwirtschaft, die damals im völkischen Lager herrschte, gehört der Geschichte an. Hauenstein und Göge, ehemalige Gefinnungsgenossen, haben sich aber zur Aufgabe gemacht, dieses traurige Stück Geschichte vor dem Amtsgericht Berlin Mitte in Moabit wieder aufzurollen. Hauenstein hat unterdessen ein eigenartiges Geschick betroffen, er ist aus der nationalsozialistischen Partei mit der Begründung ausgeschlossen worden, er habe der Abteilung Ia Spitzeldienste geleistet und seine Genossen verraten.

Die Privatklage gegen ihn, die, wie bereits vor einigen Tagen berichtet, Schneider angestrengt hat — Göge konnte den nötigen

Gerichtsvorschuß nicht zahlen und wird deshalb als Zeuge erscheinen — behauptet, daß Hauenstein in öffentlichen Versammlungen erklärt habe, Göge und Schneider hätten gegen Entgelt den Franzosen sowohl Schlageter als auch dessen zu schweren Gefängnisstrafen verurteilten Genossen Sadowski und Becker verraten — beide gehörten der Formation Heinz an.

In der gestrigen Gerichtsverhandlung bestritt Hauenstein, dem Kläger Berrat an Schlageter vorgeworfen zu haben. Im Gegenteil, er habe in den in Frage kommenden Versammlungen eine Erklärung verlesen, aus der hervorging, daß ihnen der Berrat an Schlageter nicht nachzuweisen sei, wenn auch die Wahrscheinlichkeit dafür spreche. Behauptet habe er lediglich und tue dies auch heute noch, daß sie Sadowski und Becker verraten und außerdem auch andere landesverräterische Handlungen begangen haben. Sowohl für diese Behauptung als auch dafür, daß sie ihren Genossen Georg Werner verraten haben, sei er bereit, den Beweis anzutreten.

Die klägerische Seite erklärte sich damit einverstanden, daß auch der Fall Georg Werner mit in die Sache aufgenommen werde. Beide Parteien baten aber, die Gerichtsverhandlung zu vertagen und zur nächsten Gerichtsverhandlung eine Reihe von Zeugen zu laden.

Das Gericht verfuhr demgemäß und beschloß zur nächsten Gerichtsverhandlung als Zeugen den verurteilten Sadowski alias Eiche, Georg Werner alias Zimmermann, zwei französische Beamte, die die Belohnung ausgezahlt haben sollen, und Karl Heinz Hartmann zu laden.

Der nächste Termin wird für den 24. August anberaumt. Die Gerichtsverhandlung verspricht ebenso leidenschaftlich wie interessant zu werden. Bereits gestern stießen die Temperamente hart aufeinander.

Der neue Anschlag auf die Arbeitszeit.

Der Rechtsblock beschließt Verlängerung der Arbeitszeit im Bäckereigewerbe.

Der Regierungsbund hat am Freitag im Reichstag sein Zollege für die Erhöhung der Mehl-, Kartoffel-, Schweinefleisch- und Zuderzölle in zweiter Beratung unter Dach und Fach gebracht. Die Gegenstimme der Opposition konnten bei der geschlossenen, zahlenmäßig weit überlegenen Mehrheit keinen Erfolg haben. Die Regierungsparteien hielten es nicht einmal der Mühe für wert, ein paat Wort der Begründung für ihre Zollrübereien zu sprechen. Es ist genau wie vor zwei Jahren. Während die Opposition eine gründliche Durchberatung der Zollvorlage und anderer noch ausstehender wichtiger Gesetze verlangt, etabliert sich der Regierungsbund als Abstimmungsmaschine und macht von seiner Mehrheit rücksichtslos Gebrauch.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Verlängerung der Steuererminderungen. Wie berichtet über die Zoll- und Steuerdebatte in der Beilage. Eine längere Aussprache entspinnt sich bei der Beratung des bürgerlichen Antrags zur Verlängerung der Arbeitszeit in den Bäckereien. Hierzu spricht zunächst:

Abg. Eggertsdorf (Soz.): Die unnoigen und schlechten Abänderungen der Beratungen über die Arbeitszeit in den Bäckereien, die von den Volksbeauftragten 1918 erlassen wurden, haben keine treffenden und sachhaltigen Begründungen durch die Antragsteller gefunden. Das ist auch unmöglich. Der Grund dieser unsozialen Abänderungswünsche ist zu sehen in dem Profitstreben der Unternehmer, sie wollen dafür die staatlichen Unterstüßungen. Wenn in der Begründung zu dem Abänderungsantrag gesagt wird, daß die jetzige Arbeitszeit eine volle Befriedigung der Konsumentenwünsche nicht zuläßt, so ist darauf zu zeigen, daß bei den vorkommenden Abnahmewiezelleiten vielmehr Preisverteuerungen durch unsere Schutzpolitik maßgebend sind, als der bestehende Zustand in der Arbeitszeit. Unfreiwillige Arbeitspausen gibt es in den Bäckereien nicht, und somit sie dennoch vorkommen, zeugen sie nur von dem schlechten Dispositionsvermögen der Unternehmer. So stellt denn die beabsichtigte Regelung

eine Konzeßion an die Rückständigkeit der Kleinengewerbetreibenden

dar. Sie bedeutet in ihrer Wirkung eine Verlängerung des Arbeitstages auf 12 Stunden. Die Sonntagsruhe soll noch den Wünschen der Antragsteller auch durchbrochen werden. Wo bleibt da der Gedanke vom Wochenende. Wenn in der Begründung dieser Verschlechterung weitergelesen wird, dann erleben wir noch die Nacharbeit in den Bäckereien. Von Berufswünschen kann da gar keine Rede sein. Die Interessenten an dieser Verschlechterung sind nur die Bäckerkellner, der größte Teil der Berufsangehörigen, Gesellen und Lehrlinge, ist dagegen. Jedoch ist diese Verschlechterung kein Einzelfall. Sie ist ein Glied in der Kette der vielen sozialpolitischen Verschlechterungen, die wir in der letzten Zeit erlebt haben. Eine Änderung wird nur eintreten, wenn sich die Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften voll zusammenschließt und dadurch dem Profitstreben der Unternehmer einen festen Wall entgegenstellen wird. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Wiener (Dnat.), Rientimp 3.), Gavemann (D. Bp.) und Florin (Komm.) meint

Abg. Dunkel (Bp.): Mit diesem Gelegenheitswurf solle nichts anderes erreicht werden als an die Stelle des schematischen Achtstundentages die 48-Stunden-Woche im Bäckereigewerbe herzustellen.

Während dieser Ausführungen kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit einigen kommunistischen Abgeordneten, die gegen die Rednertribüne vordringen und dem Abg. Dunkel Schimpfworte zurufen.

Abg. Frau Anjorge (Soz.)

bekämpft noch einmal energisch den Entwurf, der für die Bäckereiarbeiter eine erhebliche Verschlechterung bringt. Die Gesundheitsverhältnisse in diesem Gewerbe sind so schlecht, daß jede Verlängerung der Arbeitszeit die Existenz der darin beschäftigten Arbeiter aufs ernsthafte bedroht. Als Konjumenten haben wir ein dringendes Interesse daran, zu wissen, unter welchen Lohn- und Arbeitsverhältnissen die Backwaren hergestellt wird. Wir lehnen daher die Vorlage ab, die eine weitere Verschlechterung dieser Verhältnisse bringt. Die Ausführungen der Rednerin werden von der Rechten mit ironischen Zurufen begleitet. Darauf kommen von den sozialdemokratischen Bäten kurzweilige Entrüstungsreden.

Die Vorlage wird in zweiter Lesung unter Ablehnung aller Abänderungsanträge von den Regierungsparteien gegen die Eins angenommen.

Ohne Aussprache wird der Antrag der Rechtsparteien auf Änderung des Gesetzes über Einweisung des Personalabbaus und der Personalabbauperordnung angenommen.

Als letzter Punkt wird der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag Lohb und Genossen betreffs Beschränkung der Zahl der wirtschaftlichen Betriebe des Reiches um zu Ende beraten.

Russisches Kirchengut in Deutschland.

Ein Urteil des Kammergerichts.

Als Berufungsinstantz in einem Zivilprozeß der Sowjetregierung hatte das Kammergericht in Berlin zu entscheiden. Die Vertretung des russischen Kirchengutes in Deutschland ist in zwei Beteiligte gespalten, die unter dem Namen „Bratstvo“ (Bruderschaft) besteht. Einer im Jahre 1918 gegründeten griechisch-katholischen Gemeinde wurde nur der Anspruch auf ein in Zegel gelegenes Grundstück zugesprochen, während ein älterer Verein zur Erhaltung der griechisch-orthodoxen Kirche in Deutschland sonst ablegte. Der neue Verein muß außerdem seinen Namen ablegen. Dieses Urteil der ersten Instanz hat das Kammergericht bestätigt.

Das Urteil ist von großer Bedeutung, nicht nur, weil es sich um ein Millionenobjekt handelt, sondern auch, weil die russischen Kirchengemeinden erklärt haben, daß sie ihre Erbansprüche dem Deutschen Reich abtreten würden, falls ihnen Deutschland den Nießbrauch der Liegenschaften und des Vermögens zugestehen sollte. Die Sowjetregierung beabsichtigt angeblich Einlegung der Revision beim Reichsgericht.

Ein neuer Grenzverstoß hat sich an der italienisch-französischen Grenze in der Nähe von Sfolda im Department der Gerales ereignet. Ein italienischer Offizier mit 30 Soldaten hatte die französische Grenze überschritten. Man machte ihn darauf aufmerksam, daß er sich in Frankreich befinde. Er entschuldigte sich mit dem Hinweis, daß er nicht gewußt habe, daß er bereits in Frankreich sei. Die französischen Grenzposten entwarfen die italienische Truppe, gaben aber die Waffen zurück, als der Offizier sich entschuldigt hatte. Der französische Botschafter in Rom ist abermals angewiesen worden, die italienische Regierung auch auf diesen Vorfall aufmerksam zu machen.

Zu den Verhaftungen in Portugal kündigt der Staatspräsident, General Carmona, Enthüllungen über eine große Verschwörung an, deren Zentrale in Paris sei.

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag des Ausschusses, die Regierung zu erlauben, die öffentlichen Betriebe auf ein Minimum zu beschränken und bei der Ausschreibung öffentlicher Arbeiten die gewerbliche Freiheit nicht zu beschränken gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Um 20% Uhr verlegt sich das Haus am Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: dritte Lesung der Zollvorlage, dritte Lesung der Verlängerung der Bäckereiverordnung keine Vorlagen. Abg. Mumm (Dnat.) beantragt dazu, Einspruch des Reichsrats gegen das Gesetz zum Schutz der Jugend bei Luftfahrten noch auf die Tagesordnung zu setzen. Abg. Müller-Frankens (Soz.) stimmt diesem Antrag nur dann zu, wenn er debattierbar einem Ausschuss überwiesen werden soll. Mit dieser Maßgabe wird der Antrag Mumm angenommen.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm am Freitag eine Entscheidung an, in der die Bereitstellung größerer Mittel für das Statistische Reichsamt verlangt wird, um umfassendere Produktionsstatistiken vornehmen zu können. Außerdem stimmte der Ausschuss einem Antrage zu, der eine baldige Wiederholung der Betriebs- und Berufszählung fordert.

100 Millionen Auslandsanleihe für Wohnungsbau.

Am Straußenaussschusses Reichstags wurde am Freitag die Verlängerung der ermäßigten Füllionssteuer um ein Jahr gegen die Stimmen der Sozialdemokratie beschlossen. Die Haltung entspricht der Stellung, die die Sozialdemokratie schon im Vorjahre eingenommen hat. Damals hat die Sozialdemokratie bereits die Auffassung vertreten, daß es nicht notwendig sei, die Betriebsaufnahmestillschüsse durch steuerliche Begünstigungen zu fördern, sondern daß es genüge, durch Hinauschiebung der Zahlungstermine an die geliegene Leistungsfähigkeit zu helfen.

Der Ausschuss beschäftigte sich sodann mit der steuerlichen Begünstigung der Auslandsanleihen. Ministerialdirektor Jarden legte die neue Auffassung des Reichsfinanzministeriums dar, das die steuerliche Begünstigung der Auslandsanleihen jetzt wieder für erforderlich halte.

Abg. Dr. Herz (Soz.) betonte, der Beschluß vom vorigen Dezember, keine weiteren Auslandsanleihen mehr zu begünstigen, sei einer zu optimistischen Einschätzung der deutschen Wirtschaftslage und der Geldverhältnisse ausgegangen. Es habe sich gezeigt, daß die deutsche Wirtschaft doch noch des ausländischen Kapital im großen Umfang bedarfe. Das habe Reichsfinanzminister Dr. Curtius in seiner Hamburger Rede betont. Es sei aber noch zweifelhaft, ob er dabei die ganze Reichsregierung hinter sich hat. Bekannt sei der starke Widerstand des Reichsfinanzministeriums gegen den Standpunkt des Wirtschaftsministers. Die Außen- und Wirtschaftspolitik des Reichs dürfe aber nicht vom Reichsbankpräsidenten durchkreuzt werden. Wenn Anleihen nur für produktive Zwecke zugelassen werden sollen, so müsse doch auch der Bau von Arbeiterwohnungen als produktive Aufgabe betrachtet werden. Denn ohne diese Wohnungen sei die Steigerung der Produktion gar nicht möglich. Darum sei ganz unverständlich der Einspruch der Beratungsstelle der Reichsbank gegen die Wohnungsanleihe. Die für die Belegung der allgemeinen Wirtschaft notwendige Belegung des Baumarktes werde dadurch gehemmt. Ebenso unverständlich und verhängnisvoll sei die Kürzung der Berliner Stadlanleihe durch die Beratungsstelle. Diese Anleihe sei für durchaus produktive Zwecke bestimmt und sei in London in kurzer Zeit überschrieben worden. Die Beratungsstelle erweise sich als ein wirtschaftlich schädliches Instrument, und wenn sich ihre Praxis nicht ändere, werde man beim Wiederauftreten des Reichstags ihre Aufhebung beantragen müssen.

Der Vorsitzende der Beratungsstelle, Ministerialrat Norden, erwiderte, grundsätzlich halte die Beratungsstelle den Wohnungsbau nicht für produktiv. Aber sie werde niemals diesen Einwand erheben, wenn nachgewiesen wird, daß der Bau von Arbeiterwohnungen zur Steigerung der Produktion nötig ist. Die von der Stadt Berlin verlangten Anleihen habe die Beratungsstelle ohne weiteres bewilligt. Die Kürzung um 30 Millionen für die Straßenbahn sei erfolgt, weil erst abgewartet werden soll, ob nicht der Inlandsmarkt für diesen Zweck mobilgemacht werden kann. Die aus Frankreich bestehende Beratungsstelle sei nicht zu entbehren, wenn der Gefahr vorgebeugt werden soll, daß die deutsche Verschuldung an das Ausland in verhängnisvoller Weise wächst. Schon jetzt betrage diese Verschuldung 5 Milliarden. Sehr oft habe die Beratungsstelle Gemeinden vor schweren Schädigungen durch ungünstige Anleihebedingungen bewahren können.

Die weitere Aussprache bringt keine Hebererregung über die Frage, für welche Zwecke die Aufnahme von Auslandsanleihen begünstigt werden soll. Ein Antrag der Reichsregierung auf steuerliche Begünstigung der Auslandsanleihen des Reichsfinanzministeriums, der Stadt Berlin, der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt in Berlin, der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank in München und der Preussischen Zentral-Bodenkredit A.G. in Berlin wurde genehmigt. Außerdem wird ein Wohnungsbaukredit von 100 Millionen bewilligt, die auf die verschiedenen gemeinnützigen Kreditinstitute verteilt werden sollen, soweit sie die Aufgabe der Finanzierung des Wohnungsbaues haben.

Sozialpolitik und Schule.

Eine Eingabe des ADGB.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat vor kurzem in einem Schreiben an das preussische Landwirtschaftsministerium das Ersuchen gerichtet, daß künftig in den ländlichen Fortbildungsschulen mehr als bisher sozialpolitische Gegenstände behandelt werden. Die Vermittlung von Kenntnissen über das Versicherungswesen und die elementarsten Arbeiterfragen sei auch bei den ländlichen Fortbildungsschulen deshalb von ganz besonderer Wichtigkeit, weil ja ein großer Teil der ländlichen Fortbildungsschüler später zur Industriearbeiterschaft abwandere. Das preussische Landwirtschaftsministerium hat dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zugesagt, daß seine Anregung künftighin beachtet werde.

Wer weiß, welche grauenhafte Unkenntnis über sozialpolitische Dinge nicht nur bei der Arbeiterschaft, sondern in weiten Kreisen der Gesamtbevölkerung noch immer besteht, der muß den Schritt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unterstützen. Nicht nur bei den ländlichen Fortbildungsschulen, sondern in allen unteren Schulen, natürlich in erster Linie bei den Fortbildungs- und Berufsschulen, muß für eine systematische und gründliche Unterweisung des Nachwuchses in den Elementarfragen der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts Sorge getragen werden. Hier genügen nicht ein paar allgemeine Redensarten, die von Lehrkräften abgegeben werden, die selbst nichts von diesen Dingen wissen, hier müssen Kenntnisse vermittelt werden, die Hand und Fuß haben und über die bei den Prüfungen sich der Schüler auch ausweisen muß. Mit etwas Bürgerkunde-Unterricht ist hier nicht geholfen. Deshalb wäre es angebracht, wenn die Schulbehörden sich erst einmal genau vergewissern, ob die Lehrkörper in den sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen soweit orientiert sind, daß sie in anschaulicher und packender Schilderung die an sich nicht leichte Materie, die hier in Frage kommt, den Schülern übermitteln können. Gerade weil es sich um eine an sich etwas trockene Materie handelt und weil das Interesse der Jugend für sozialpolitische Fragen begrifflichermäßig nicht sehr groß ist — dies Interesse kommt erst später, wenn das Alter heranrückt und Frau Sorge in der Familie ein häufiger Gast wird — deswegen muß mit Hilfe eines wirkungsvollen Anschauungsunterrichts das Verständnis für sozialpolitische Dinge bei der Schülerschaft geweckt werden. So etwas ist aber nur Lehrkräften möglich, die bis zu einem gewissen Grade aus dem Vollen schöpfen können, d. h. in den elementaren Dingen des Versicherungswesens und Arbeitsrechts zu Hause sind.

Eine Erweiterung und Vertiefung des Unterrichts nach der sozialpolitischen Seite kann ohne große Kosten vor sich gehen; das sollte für die Schulbehörden um so mehr ein Antrieb sein, die beamteten Lücken auszufüllen. Hunderttausende werden es später der Schule danken, wenn man sie rechtzeitig über Dinge unterrichtet hat, die für ihr Fortkommen und ihre Existenz von der größten Bedeutung sind.

Die Schuhmacher 1926.

Ein katastrophales Krisenjahr.

Der Zentralverband der Schuhmacher gibt soeben sein Jahrbuch 1926 heraus, das einen ausgezeichneten Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schuhindustrie und die Kämpfe der Schuhmacher gestattet.

Es springt sofort in die Augen, daß das Jahr 1926 für die Schuhindustrie mehr als für die meisten anderen Berufe ein Jahr schwerster Krise gemein ist. Weit mehr aber als für die Industrie als solche war das Jahr 1926 für die Arbeiterschaft der Schuhindustrie eines der härtesten Krisenjahre. Denn die Unternehmer machten sich die Krise zunutze, um trotz Tarifverträgen nicht nur die Löhne ganz außerordentlich herabzusetzen, sondern gleichzeitig, obwohl noch eine enorme Arbeitslosigkeit herrschte, durch Anforderung der Leistung von Ueberstunden praktisch auch den Achtstundentag zu beseitigen. Es bedurfte einer außerordentlichen Kraftanstrengung der Organisation, die zu schweren Kämpfen und hart an eine Generalausperrung führte, um hier wieder normale Verhältnisse zu schaffen.

Die schwere die Krise auf der Arbeiterschaft der Schuhindustrie lastete, geht aus den Zahlen über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hervor. Der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit war im November 1926, wo aber immer noch 17 Proz. der Mitglieder arbeitslos und 10,5 Proz. Kurzarbeiter waren. Der höchste Stand der Arbeitslosigkeit war im Februar 1926 mit 40,3 Proz. Arbeitslosen und 43,1 Proz. Kurzarbeitern. Fast die Gesamtheit der Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie war also direkt von der Krise erfaßt. Erst vom Monat August ab begann sich die Wirtschaftslage langsam aber merklich zu bessern. So unglücklich es klingen mag, so ist es doch eine Tatsache, daß neben dieser fürchterlichen Arbeitslosigkeit auf Anforderung der Unternehmer Ueberstunden geleistet wurden. Eine Erhebung des Verbandes ergab, daß in 215 von 535 Betrieben, über die sich die Erhebung erstreckte, Ueberstunden geleistet wurden, und zwar in einem Falle sogar 30 Ueberstunden in der Woche!

Infolge der katastrophalen Krise ging die Zahl der Beschäftigten in der Schuhindustrie natürlich ganz außerordentlich zurück, was wieder ein Sinken der Mitgliederzahl zur unermesslichen Folge hatte. Immerhin sank die Mitgliederzahl nicht so stark, wie man angesichts der Krise befürchten konnte, und zwar von 84 412 Ende 1925 auf 71 113 Ende 1926. Diese Festigkeit der Organisation ist um so bemerkenswerter, weil rund drei Siebentel weibliche Mitglieder sind, die aus den bekanntesten Ursachen nur sehr schwer für die Organisation zu gewinnen und zu halten sind.

Trotz dieser außerordentlich ungünstigen Umstände, die die Finanzen des Verbandes hoch in Anspruch nahmen, fanden den Einnahmen von 1 691 496 M. an Ausgaben nur 1 633 475 M. gegenüber, so daß das Jahr noch mit einem kleinen Ueberfluß und einem Vermögen von 1 219 360 M. der Hauptkasse abschloß. Unter den Ausgaben fanden die für Erwerbslosigkeit mit 418 795 M. natürlich an erster Stelle.

Trotz der katastrophalen Wirtschaftslage hat der Verband in großem Umfang Kämpfe geführt, zum großen Teil allerdings Abwehrkämpfe. Insgesamt wurden 198 Bewegungen mit 111 646 Beteiligten geführt, wovon 34 mit 8671 zu Streiks oder Aussperrungen führten. Davon waren

151 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung mit 14 860 Beteiligten und 15 Arbeitseinstellungen mit 5210 Beteiligten Abwehrkämpfe. Immerhin ist bemerkenswert, daß über 90 000 Beteiligte in Angriffsstellung waren, was ein gutes Zeugnis für den Kampfsinn ist, der die Organisation beseelt.

Außerordentlich instruktiv sind die dem Jahrbuch angehängten Jahresberichte der Bezirksleiter. Hier bekommt man ein anschauliches Bild nicht allein von den Schwierigkeiten, gegen die die Organisation anzukämpfen hatte, sondern gleichzeitig von den schwebigen Mitteln, deren sich die Unternehmer bedienten, um sich ihrer Tarifpflichten zu entziehen und die Arbeiterschaft noch mehr auszupowern.

Der Erfolg der rheinischen Mühlenarbeiter.

Achtstundentag und Lohnerhöhung.

Köln, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Kampf der Kölner Mühlenarbeiter konnte mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Die Arbeit in den Betrieben wurde bereits wieder aufgenommen. Durch den Streik wurde die reine Achtstündige Arbeitszeit mit 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden wiederum erkungen, außerdem wurde eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 Proz. gewährt. Bisher hatten die Mühlenarbeiter im Rahmentarif eine 54stündige Arbeitszeit.

Verschmelzung der Nahrungsmittelverbände.

Stellungnahme der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter.

Die Mitglieder der Zentralstelle Berlin des Verbandes der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter nahmen am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus Stellung zu dem Verbandstag, der am 19. September in Leipzig über die Verschmelzung entscheiden soll.

Genosse Hejshold vom Ortsvorstand, der über die Verschmelzungsfrage sprach, betonte, daß es niemand verwehrt werden könne, Anträge zum Verbandstag und besonders zu dem vorliegenden Statutenentwurf zu stellen. Er rief jedoch davon ab, zu dem Entwurf zu viele Abänderungsanträge zu stellen, da dadurch die leider in der letzten Zeit noch größer gewordene Kluft zwischen den einzelnen Organisationen vergrößert werden würde, was nicht im Interesse der so notwendigen Verschmelzung liegt.

Im dem Statutenentwurf ist außerordentlich viel auszuweichen. Er ist gegenüber dem jetzigen Statut zu bürocratisch und autoritär. Nach einer eingehenden, aber sehr sachlichen Kritik kam Genosse Hejshold zu dem Schluß, daß der Entwurf keinen Verschmelzungsfreund befriedigen könne. Das Unsinigste ist jedoch der Beschluß der Statutenberatungskommission, daß sich die einzelnen Verbände vor der Verschmelzung erst auflösen sollen.

Ob dazu auf den einzelnen Verbandstagen die notwendige Mehrheit erreicht werden wird, muß leider stark bezweifelt werden. Sollte es infolge dieser Widerstände nicht zu einer Verständigung über das Statut und damit nicht zur Verschmelzung kommen, so müßte trotzdem weiter versucht werden, die Hindernisse zu beseitigen. Im Augenblick aber müssen alle Kräfte dafür eingesetzt werden, um schon jetzt zu der wirtschaftlich und organisatorisch so notwendigen Verschmelzung zu kommen. Er ersuchte zum Schluß seiner Ausführungen die Versammelten, bei der Wahl zum Verbandstag am 24. Juli reiflich für die Kandidaten zu stimmen, die vom Ortsvorstand und den Funktionären aufgestellt worden sind und die alle ehrliche Befürworter der Verschmelzung sind.

In der Diskussion wurde von den Kommunisten die übliche Walze abgelenkt, die fast den gleichen Klang hatte wie die in den übrigen Versammlungen, die bisher in den für die Verschmelzung in Frage kommenden Organisationen abgehalten wurden. Die Kommunisten stellten eine eigene Liste von Kandidaten auf, die auf dem Verbandstage nichts anderes tun sollen wie die „Reformisten“, nämlich versuchen sollen, eine Abänderung des Statutenentwurfs durchzusetzen. Bezeichnend war, daß von der „Opposition“ 20 Anträge zum Verbandstag gestellt wurden, von denen nur einer etwas ausführlich begründet wurde. Nachdem sich infolge der endlosen Reden der Kommunisten die Versammlung schon stark gelichtet hatte, wurde über die Anträge abgestimmt. Da die Kommunisten bis zur letzten Minute ausgeharrt hatten, wurden die Anträge, deren Inhalt bis auf einige keine der Abstimmernden bekannt war, en bloc angenommen. Es wäre allerdings richtiger gewesen, über Anträge, die weder begründet, noch auch nur verlesen wurden, nicht abstimmen zu lassen.

Die Auszählung der für die Kandidaten zum Verbandstag abgegebenen Stimmen ergab, daß sich die übergroße Mehrheit für die Amsterdamer Liste des Ortsvorstandes erklärt hatte. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß von den fünf von den Kommunisten vorgeschlagenen Kandidaten nur ein einziger die dazu erforderlichen Bedingungen erfüllte.

Lohnbewegung der Berliner Friseurgehilfen.

Während der Mindestlohn eines Friseurgehilfen in Hamburg 42 Mark beträgt und die Friseurgehilfen in Kopenhagen seit Wochen ausgesperrt sind, weil sie ihren Wochenlohn von 63 Kronen nicht kürzen lassen wollen, stehen die Berliner Friseurgehilfen noch auf dem im Juni 1926 vereinbarten Mindestlohn von wöchentlich 30 Mark für Herrenfriseur und 32 Mark für Damenfriseur oder 35 Mark für Herren- und Damenfriseur. Diese großen Lohnunterschiede erklären sich lediglich aus den verschiedenen Organisationsverhältnissen. Allerdings ist auch in Berlin der Mindestlohn durchweg überhöht, obwohl hier teilweise sogar noch geringere Löhne gezahlt werden.

Die Lohnkommission des Berliner Zweigvereins des Arbeitnehmerverbandes im Friseurgewerbe hatte den Prinzipalen die Forderung unterbreitet, die überhöhten Mindestlöhne um 20 Prozent zu erhöhen. Nachdem sie im Laufe der Verhandlungen auf 15 Prozent zurückging, um die Klagen der Selbständigen über die zunehmende Schmutzkonturrenz zu berücksichtigen, kam es zu keiner Einigung.

In der Mitgliederversammlung am Mittwoch in der „Schlaraffia“ berichtete der Bezirksleiter Bumbatz über den Verlauf der Verhandlungen. Die kommunistische Opposition suchte auch bei dieser Gelegenheit sich bemerkbar zu machen, begehrte jedoch dem stärksten Unwillen der Versammelten und holte sich eine gründliche Abfuhr.

Die Versammlung beschloß, den Schlichtungsausschuß anzurufen, der am 14. Juli über die Lohnforderungen der Friseurgehilfen verhandeln und entscheiden wird.

Die Selben suchen Hilfe.

Unklare Antwort des preussischen Handelsministers.

Gegenüber dem Drängen des Reichslandarbeiterbundes auf Zulassung zu den Verwaltungsausschüssen im Arbeitsnachweiswesen hat der preussische Handelsminister einen merkwürdig unklaren Standpunkt eingenommen. Er hält es für unzumutbar, jetzt in dieser Streitfrage eine Entscheidung zu treffen, da es sich ja nur um eine Uebergangszeit handele bis zum Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung, wo die Verhältnisse doch neu geregelt würden.

Das klingt sehr merkwürdig; denn auch nach dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung muß immer der Begriff der Gewerkschaften gelten, wie er soeben erst wieder vom Unterausschuß des Verfassungsausschusses des Reichswirtschaftsrates bekräftigt wurde. Dieser Unterausschuß hat nach Beratung der an das Präsidium des Reichswirtschaftsrates gerichteten Eingabe des Reichslandarbeiterbundes und des Reichsverbandes der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, betreffend die Anerkennung des Reichslandarbeiterbundes als wirtschaftliche Organisation von Arbeitnehmern im Sinne der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung, in seinem Gutachten erklärt, daß der Reichslandarbeiterbund keine selbständige Organisation von Arbeitnehmern ist. Diese Selbständigkeit sei aber die Voraussetzung, um als wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung anerkannt zu werden.

Statt einer unklaren Bertröstung hätte der preussische Handelsminister den Landbündlern lieber gleich zu verstehen geben sollen, sich keine Hoffnungen zu machen. Gelb ist gelb — vor und nach dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung.

Streiklage in Köln.

Unerlöschlicher Kampfwille der Metallarbeiter.

Köln, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Kampf der Kölner ausgesperrten Metallarbeiter geht unverändert weiter. Die Zahl der Ausgesperrten ist bis Freitagabend nicht mehr gestiegen, so daß noch rund 20 000 Arbeiter auf der Straße liegen. Im Laufe des Freitag haben die ausgesperrten Metallarbeiter in großen Versammlungen zu dem Kampfe Stellung genommen und beschlossen, unerlöschlich in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe auszuharren. Wenn in absehbarer Zeit das Arbeitsministerium keine Stellung zu dem Kampfe nimmt, ist damit zu rechnen, daß der Kampfzustand von längerer Dauer sein wird. Die Arbeiterschaft hat im Kampfe viel weniger zu verlieren als die Kölner Metallindustriellen.

Tarifabschluß der schlesischen Metallarbeiter.

Kattowich, 8. Juli. (W.Z.B.) Gestern fanden die Lohnverhandlungen für die weiterverarbeitende Metallindustrie Ost- und Oberschlesiens statt. Die Gewerkschaften stellten dieselben Forderungen, wie sie für die Eisenhütten gestellt worden sind. Für alle nicht im Accord beschäftigten Arbeiter wird ein Lohnzuschlag im Durchschnitt von 0,75 Mark gewährt. Nach längeren Verhandlungen einigten sich die Parteien auf den 1. Juli als Stichtag. Eine Erhöhung der Montageausführungsjahre wurde abgelehnt.

Tariffbewegung in der Seeschifffahrt.

Hamburg, 8. Juli. (U.) Die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Seeleute von Groß-Hamburg haben beschlossen, den mit dem Verband Deutscher Reeder abgeschlossenen Tarifvertrag zum 30. September zu kündigen. Die Hauptforderungen der Arbeiter dürften sich diesmal auf einer anderweitigen Regelung der Arbeitszeit erstrecken. Dem Vorgehen des Verkehrsbundes haben sich verschiedene andere Organisationen angeschlossen, wie z. B. der Verband Deutscher Seeschifferevereine, der Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine und der Verband der Deutschen Ingenieure.

Der pfälzische Textilarbeiterstreik.

Weitere Ausdehnung.

Ludwigshafen, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Lohnkampf in der pfälzischen Textilindustrie, zu dessen Beilegung am Freitag in Ludwigshafen Schlichtungsverhandlungen stattfanden, hat gigantische Formen angenommen. Nachdem in den maßgebenden Textilindustriestädten die Arbeiterschaft sich bereits geschlossen im Streik befindet, hat nun auch die Belegschaft der Firma Ruhn u. Adler in Ludwigshafen in einer überfüllten Betriebsversammlung einstimmig beschlossen, die Kündigung einzuziehen. Im Laufe der nächsten Tage werden, wie wir hören, noch weitere Betriebe diesem Vorgehen folgen.

Gesperrte Personenschiffsbetriebe! Wie uns der Deutsche Verkehrsbund und der Zentralverband der Heizer und Maschinenisten mitteilen, sind folgende Reedereien weiter für die Organisationen gesperrt: Reederei Robling, Jaunombrücke, Bauer, Friedrichshagen einschließlich Rüggegrundfahrt, Kieck, Oberbaumbrücke, Stern, A.-G., Berlin, Potsdam, usw., sowie die in Betriebsgemeinschaft lebende Leitomer Kreis-Schiffahrt, Bafte und David, Spandau, sämtliche Leutendampfer von Tegel, Motorboots-Reedereien Otto Bradenberg und Richard Edner, Grünau, einschließlich der Strecken zwischen Grünau-Schmiedlingsdorf-Marienlust, sowie die Streckenboote im Landwehrkanal und vom Spittelmarkt. Auskunft über die freigegebenen Reedereien erteilen die oben angeführten Verbände.

Wahrung. ADGB-Organisierter: Die Werkschrift „Der Kampf“ ist sofort abzuholen bei Schlichtung, Rungstr. 30. Der Aktionsvorstand.

Wahrung. Zimmerer vom Bezirk 17: Heute 19½ Uhr bei Rogwitz, Baumstr. 13, Bezirksversammlung. Das Erscheinen aller ist Pflicht. Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, 19½ Uhr, legt die Gruppe Baumhüttenweg Gruppenheim Jugendheim Grützer, 16, Heimabend. — Schlichter: Bodenradmarus in der Jugendbergsche Spreelände in Berlinstraße bei Fühlensmaide. Treffen 17½ Uhr am Schlichter Bahnhof (Gleis 10).

Verband der Lebensmittel- und Getreidearbeiter Deutschlands, Ortsverein Berlin. Fortsetzung der Mitgliederversammlung am Sonntag, 10. Juli, vormittags 9½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Angeltier 24-25. Tagesordnung: Die Verschmelzung mit dem Verband der Bäcker, Fleischer und Metzger und der neue Beschäftigtenratentwurf. — Stellungnahme zur Delegiertenwahl zum diesjährigen Verbandstag. Anträge zum Verbandstag. Verhandlungsgegenstände.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuigkeiten: Dr. John Schlotmann; Lokales und Sonstiges: Fritz Kahlhöf; Anzeigen: Th. Glöck; Schriftlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1. Stern 2. Belacan und „Unterhaltung und Wissen“.





Echt viel Frühjahrgemüse und Obst hört man wieder und wieder sagen, eine Förderung, die durchaus zu Recht besteht. Den Wert des vitamin- und nährstoffreichen jungen Gemüses sollte man nicht hoch genug einschätzen.

Alte und neue Kartoffeln.

Für den Berliner ist ein Essen ohne Kartoffeln kein richtiges Essen, und so erhebt sich jedesmal im Frühsommer für die Hausfrau die Frage: Soll ich noch alte Kartoffeln kaufen oder die teuren neuen nehmen? Bei den alten wiegt der billige Preis das auf, was als Abfall beim Schälen unter den Tisch fällt.

Köpfe: 2 zu 15 Pf. an. Sie sind so klein, daß man gern einen höheren Preis zahlte, wenn man besseren bekäme. 10 Pf. kostete früher der Kopf aus dem Treibkasten! Mit den ersten Gemüsen kommen auch die ersten Früchte auf den Markt.

Kein Gurken- und Tomatenjahr.

Während die gegen Frost so empfindliche Bohne sich verhältnismäßig gut gehalten hat, zeigt die Gurke alle die Symptome des 'Verschnupfenseins'. Sie will es feucht und warm haben; nah und kalt ist für sie der sichere Tod.

Die in diesem Jahre zum erstenmal der deutschen Gärtnerei gebotene Kredithilfe zur intensiveren Produktion von Frühgemüse unter Glas wird für die Gurken- und Tomatenkultur sich auch fördernd erweisen.

In dem Vortage liegt der Hinweis auf das, was der Kleinagrarter, Siedler wie Raubentolonist, unternehmen sollte, um den Schaden, den dieses böse Frühjahrs- und Frühsommerwetter angerichtet hat, einigermaßen gutzumachen.

Die unmögliche Vergnügungssteuer.

Die ersten Folgen der „Mustersteuerordnung“.

Der Oberpräsident hat bekanntlich der neuen Vergnügungssteuerordnung der Stadt Berlin die Genehmigung verweigert, und damit ist automatisch vom 1. Juli ab die sogenannte „Mustersteuerordnung“ des Reichsrats in Kraft getreten.

1. Was wollte die Aufsichtsbehörde? Sie wollte Theater und künstlerische Veranstaltungen gegen die angeblich zu hohe städtische Steuer von 3 Proz. für hochwertige und 8 Proz. für die übrigen Theater in Schutz nehmen.

Es fragt sich, ob dieser Effekt den Kampf wert war und ob der Wunsch der Stadt, die Klassifizierung der Theater durch einen eigenen Ausschuss vornehmen zu lassen, diesen Kampf notwendig machte.

Die Stadt Berlin kann bei der jetzigen Verteilung von Kosten und Einnahmen leider noch nicht auf die 12 Millionen Vergnügungssteuer verzichten. Es ist aber völlig irrig, wenn man annimmt, daß sie bei der Erhebung dieser Steuer die wirtschaftlichen und künstlerischen Interessen wie die besonderen Verhältnisse der Reichshauptstadt nicht sorgsam berücksichtigt hätte.

Bei dieser Sachlage erscheint eine Nachprüfung des Entscheids

Zu stark für dies Leben.

13] Von Ivan Heilbut. Erstes Kapitel.

Am Abend saßen die Kinder Grahl's, jedes für sich beschäftigt, am Tisch, während ihr Vater mit blauen Schläfen regungslos auf dem Sofa lag. Es klingelte an der Wohnungstür und Herr Uri kam.

Er erhob sich vom Sofa. Aber indem er merklich erbleichte, fiel er zurück. „Es ist nichts“, sagte er nach einer Pause mit schwachem Lächeln, „draußen wird das vorübergehen.“

An der Treppe zögerte Grahl. „Geben Sie mir Ihren Arm, mein Lieber... ich weiß nicht... die Treppe...“ Herr Uri führte ihn langsam hinunter. Die frische sternklare Straße machte ihn tiefer atmen, er seufzte.

„Glauben Sie denn“, fragte Grahl, „daß diese Stimmen, die sich nun einzeln für mich erheben, nachdem sie so lange geschwiegen haben — glauben Sie, daß diese Stimmen etwas vermögen, nachdem die letzte Vertretung des Personals unter der Macht des Geldherrn und unter der Vorsichtigkeit der Angestellten vergangen ist?“

Herr Uri schwieg. Dann sagte er leiser: „Das ist wahr — unser Recht ist dahin.“ „Wir wollen nicht davon reden, Uri“, sagte der Alte; „wenn es so und nicht anders auf Erden ist, kann man wohl schlecht was dagegen sagen.“

Arm. — Heute vormittag, Uri, hat meine Frau mittels eines Luches, das sie sich etwas fest um den Hals wickelte, ihre aristokratische Gleichgültigkeit gegen dies Leben öffentlich kundgetan. Ich bin ganz verwirrt, muß ich sagen. Sie ist davon gegangen — sie hielt es für gut — mich ließ sie beinahe beschämt zurück.

Sache zu gewinnen. Und wie ich nun einmal bin, rief ich nicht einmal Beifall zu Hilfe — ich sah alles so einfach an, ich war ja im Recht. Wenn die Natur mich für einen kurzen Abschnitt verwandelt, so daß meine Kraft, wie in Krankheit, lahmt, so bin ich doch eben im Recht... und die Menschen müssen dies Recht respektieren, ohne Erklärung von meiner Seite, ohne Preisgabe eines Gefühls, dessen Art es ist, stumm im Leben zu bleiben.

Er hatte sich aus dem Arm Uri gerissen. Etwa zehn Schritte noch ging er fort. Dann wurde sein Gang ein Torkeln vorwärts. Er torkelte auf die Seite, wo eine Laterne stand. Mit der Absicht, sich anzuklammern, hob er den rechten Arm. Aber plötzlich fiel der Arm herab. Grahl sank in die Knie, schlug zur Seite, machte noch eine kurze Bewegung und lag regungslos auf dem Pflaster.

„Was ist Ihnen... Grahl...“ sagte Uri, indem er die zerbrochene Brille hinter den Ohren des Liegenden löste. Dann wendete er ihn mühsam in das Licht der Laterne, blickte ihm in die Augen und schwieg.

Zwölftes Kapitel.

Einige Tage nach dem Begräbnis ihrer Eltern saß Gertrud abends allein am Tisch, die Augen auf beide Arme gelegt. Ueber ihr züchte leise das Gaslicht. Vor ihr stand die Lade einer Kommode, deren Inhalt zum Teil auf dem Tisch ausgebreitet war. Mit ihren Armen lag Gertrud auf einigen Blättern beschriebenen Briefpapiers.

Plötzlich klopfte es an die Tür und Herr Uri war da. Gertrud sprang auf. Herr Uri mußte von Hermann, der eben die Wohnung verlassen hatte, eingelassen worden sein. Auf seinen Gruß erhielt er ein schmerzliches Lächeln zur Antwort, er hörte den hellen Ton unterdrückten Schluchzens — und befand sich, ehe er noch zu Worte gekommen war, allein in der Stube.

der Aufsichtsbekörde bringend geboten. Es zeigt sich auch hier wieder, wie notwendig der Fortfall des Genehmigungsrechtes in der künftigen neuen Städteordnung ist. Zweifellos kann ja auch die sorgsamst arbeitende Aufsichtsbekörde die Einzelauswirkungen und die besonderen Verhältnisse niemals so genau übersehen wie die städtische Verwaltung selbst, die jahraus, jahrein damit zu tun hat und die kleinen wie die großen Schmerzen aller betroffenen Bevölkerungsteile aus täglicher Erfahrung heraus kennt.

Momentbilder aus Moabit.

Drei Frauenschicksale.

Drei Gerichtsverhandlungen hintereinander. In allen dreien Frauen als Hauptpersonen. Die ersten zwei als Angeklagte, die dritte als Zeugin. Drei Frauenschicksale — drei Romane.

Teils, teils . . .

Auf der Anklagebank ein kaum 19-jähriges, kleines, zartes Mädchen. Vor dem Richterlich als Zeuge ein dicker, älterer Herr, Mitte der Fünfziger. Richter: Wo haben Sie die Angeklagte denn kennen gelernt? — In einem Café. — Und Sie haben sie bei sich als Sekretärin angestellt? — Ja! — War sie nur Sekretärin oder . . . ? — Teils ja, teils . . . — Und was hat sie für die Arbeit erhalten? — Mittagsessen und wöchentlich ein kleines Trinkgeld. — Sie mußte aber für ihre Wohnung Miete zahlen; wo sollte sie das Geld hernehmen? — Sie kam ja auch nur für ein paar Stunden zu mir. — Die Angeklagte hat einen Bankcheck gefälscht, statt 50 M. hat sie 150 M. erhalten. So viel wird ihr ihre „Liebe“ zu dem alten Herrn wohl wert gewesen sein. Und für Miete hatte sie ja auch aufzukommen. — Zwei Wochen Gefängnis und Bewährungsfrist.

Das Kind . . .

Die Doffentlichkeit ist ausgeschlossen. Ist das Ihr Vater? — Ja. — Wäre es nicht besser, er bliebe draußen? — Nein, er kann drin bleiben. — Also Sie sind erst 18 Jahre alt. — Ja. — Und wer war der Vater Ihres Kindes? — Er wollte mich heiraten, es war uns aber vorläufig nicht möglich, was sollte ich da mit dem Kinde anfangen? — Und wer hat es bei Ihnen gemacht? — Die Adresse kenne ich nicht. — Sie wollen sie nicht nennen? — Nein, ich kenne nur das Haus. — Und dann haben Sie den Arzt gerufen? — Ja. — Es war eine Fehlgeburt? — Ja. — Herr Staatsanwalt, bitte um Ihren Antrag. — Zwei Wochen Gefängnis. — Sie erhält die zwei Wochen Gefängnis und Bewährungsfrist.

Die Liebe der Verlorenen.

Sie haben den Angeklagten angezeigt? — Ja. — Hat er von Ihrem Gelde gelebt? — Nein. — Hat er Sie mißhandelt? — Nein. — Aber Sie haben ihn doch angezeigt? — Ja. — Deshalb haben Sie ihn denn angezeigt? — Ich war damals böse auf ihn. — Das ist immer so, zuerst wird angezeigt, dann tut es einem leid, und alles wird zurückgenommen. Woher kennen Sie den Angeklagten? — Er wollte mich heiraten. Wir waren zusammen in eine Heimat gefahren, nach Westfalen, hier arbeitete er im Bergwerk, ich nähte. Seine Verwandten erfuhr, daß ich in Berlin unter Kontrolle stand. Da wollten sie nichts mehr von mir wissen. Wir gingen nach Berlin zurück, er handelte hier mit Tischen. — Und Sie? — Ich, ja ich verdiente auch. Wenn sein Geschäft schlecht ging, so half ich ihm aus. Wenn ich nichts hatte, half er mir. — Aber Sie hatten mehr als er. Ihre Wittinnen sagen, daß auch er nachts niemals zu Hause war und des Morgens sehr spät aufstand, und daß Sie die Miete bezahlten. Na, sagen Sie mal die Wahrheit, er hat Sie auf den Strich geschickt, ist mit Ihnen in die Lokale gegangen. — Nein, wir haben einander geholfen. — Drei Monate Gefängnis wegen Zuhälterei. Eine harte Probe für die „Liebe“.

Ein vergessener Winkel.

Verkehrswünsche an der Oberhavel.

Die Mängel der Verkehrseinrichtungen für die an der Havel oberhalb Spandaus gelegenen Orte, wie Tegelort, Börsfelde, Conradsböde, Sandhausen, Alt- und Neu-Helligensee, Schulzendorf, Saatwinkel, hat dort zur Entstehung einer „Rotgemeinschaft“ gegen die unhaltbaren Zustände des Verkehrs nach den nördlichen Havelorten“ geführt.

Diese Rotgemeinschaft hat jetzt in einer Protestversammlung eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die hauptsächlich folgende Verbesserungen betreffen: Dichtere Zugfolge auf Vorortbahn und Straßenbahn, Weiterführung der schon bestehenden Omnibuslinie Glienicke-Tegel nach dem Stadtinneren Berlins, beschleunigter Ausbau der Nord-Südbahn über die Seestraße hinaus nach Tegel, Herstellung einer zweifachen Verbindung der genannten Orte mit den nordwestlichen Außenbezirken Groß-Berlins (Spandau, Siemensstadt, Gartenfelde) durch Bau einer Brücke über die Havel, Weiterführung der im Bau begriffenen Eisenbahnstrecke von Gartenfelde über Saatwinkel nach Tegel zur Befestigung der jetzt östlichen Abgeschlossenheit Saatwinkels vom Verkehrsnetz Groß-Berlins. Die Rotgemeinschaft ist der Ansicht, daß die starke Vernachlässigung der oben genannten Wohnbezirke ein schweres Unrecht gegen die Bewohner und auch gegen die Ausflügler ist. Nicht länger dürfe das schöne Seen- und Waldgebiet von den Verkehrsverhältnissen und Behörden als Stiefkind behandelt werden.

Wer sich erinnert, wie beliebt diese Ausflugsziele früher bei den Berlinern waren, wird die jetzt von dort kommenden Klagen und Wünsche begreiflich finden. Es trifft zu, daß die schönen und sehr beschaulichen Orte an der Oberhavel bei dem Ausbau der Verkehrseinrichtungen zu kurz gekommen sind, so daß der Ausflüglersstrom sich mehr den begünstigteren Gegenden zugewendet hat. Aber auch den Einwohnern die da draußen sich angesiedelt haben, wäre es zu gönnen, daß eine Besserung und Wehrung der Verkehrsmittel ihnen die für den Beruf und Erwerb nötigen Wege nach Berlin abkürze.

Dachstuhlbrand in Moabit.

Mit der Bekämpfung eines großen Dachstuhlbrandes waren mehrere Löschiüge gestern nachmittag gegen 1/4 Uhr in der Feldzeugmeisterstraße 4 angestrengt beschäftigt. Auf dem Dach, an dem gegenwärtig Erneuerungsarbeiten vorgenommen werden, war Leer übergedeckt und in Brand geraten. Alle Löschiüge blieben erfolglos, so daß die Feuerwehr gerufen werden mußte. Die Leermasse setzte den Dachstuhl in Brand. Als der erste Löschiug an der Brandstätte eintraf, stand der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung in hellen Flammen. Das Feuer fand an dem Inhalt der Bodenverschläge und der Dachkonstruktion reiche Nahrung. Mit großer Mühe konnte ein Uebergreifen auf die angrenzenden Grundstücke verhindert werden. Die nach oben vordringenden Feuerwehrröhren hatten unter der großen Hitze und der starken Rauchentwicklung sehr zu leiden. Schließlich gelang es nach zweistündiger Tätigkeit, das Feuer niederzulämpfen.

„Adel!“

Eine lehrreiche Gerichtsverhandlung.

Ein Prozeß, der einen tiefen Einblick in die sittlichen Auffassungen besonders „exklusiver“ Adelkreise vermittelte, fand vor dem Amtsgericht Schöneberg statt. Herr v. Sch. und Herr v. P. standen sich als erbitterte Feinde gegenüber. Beide hatten sich gegenseitig verklagt, so daß jeder von ihnen sowohl Angeklagter als auch Kläger in eigener Person war. Der Schriftsteller Herr v. Sch. glaubt sich von einem Heer von Feinden umringt und ist durch diese Vorstellung derartig geistig beeinflusst, daß er für irgend welche logischen Gegenstände nicht mehr zugänglich erscheint. Die Antworten, die er auf die Fragen des Vorsitzenden erteilt, werden fast immer lange, vom Kern der Frage weit abschweifende Erzählungen. Er erhebt die schwersten Vorwürfe gegen seine Standesgenossen und nicht zuletzt gegen seine Mutter und seinen Bruder.

In dem gestrigen Termin handelte es sich um gegenseitige Beleidigungen der beiden erwähnten Herren. Von Sch. hatte auf einer offenen Postkarte Herrn v. P. Meineid vorgeworfen und ihm erklärt, daß er nicht „wie ein adliger Herr“ gehandelt habe. Den Anlaß zu dieser Karte hatten Familienstreitigkeiten ergeben. Herr v. P. veröffentlichte darauf im „Adelsblatt“ eine Erklärung, in der es hieß, daß Herr v. Sch. ihn mit Verleumdungen verfolgte, daß er aber davon absehe, auf die Angelegenheit näher einzugehen, da die Beleidigungen von Sch. herrührten, dessen Frau und Sohn mit den schwersten Freiheitsstrafen bestraft seien. Diese Vorgänge wurden nun Gegenstand von Klage und Widerklage. Herr v. P. erbot sich, den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung zu führen. Sein Gegner erklärte zunächst einmal, daß der Vertreter des Herrn v. P., ein Rechtsanwalt v. R., vor 44 Jahren im Alter von 18 Jahren wegen unerlaubter Schulden, Entfernung von der Gruppe und verurteilter Anstiftung zur Fahnenflucht acht Monate Gefängnis erhalten hätte. Sicherlich zeugt es gerade nicht von einer besonders edlen Gesinnung, wenn man die Tat eines unreifen Menschen nach einem Zeitraum von 44 Jahren in der Doffentlichkeit behandelt. Die Frau des Schriftstellers v. Sch. aber erklärte im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn v. P. unter ihrem Eid, daß sie niemals bestraft worden sei. Der Sohn dagegen war wegen eines angeblichen Diebstahls in der ersten Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Die Berufungsinstanz hatte ihn dagegen freigesprochen. Damit waren die Angaben des Herrn v. P. einwandfrei widerlegt. Aber auch Herr v. Sch. konnte nicht beweisen, daß sein Gegner einen Meineid geleistet habe. Das Gericht verurteilte Herrn v. P. zu 200 M., Herrn v. Sch. zu 100 M. Geldstrafe. Herr v. Sch. glaubt übrigens, daß er wegen seiner republikanischen Gesinnung und seines Standesgenossen verfolgt werde. Ob dem so ist, mag dahingestellt bleiben. Solche Gerichtsverhandlungen aber sind durchaus dazu angetan, gründlich den Nimbus zu zerstören, mit dem viele Menschen leider heute noch Angehörige der alten Adelstriebe umgeben. Wenn im Gerichtssaal Beleidigungsklagen ausgetauscht werden, zeigt es sich, wie sehr sich die Menschen letzten Endes doch gleichen, ob ihre Wiege nun im Palast oder in der Hütte gestanden hat.

Das 60 000. Kraftfahrzeug in Berlin.

Nicht mit der Geschwindigkeit, wie wir es von Amerika her gewohnt sind, aber ständig in zunehmendem Maße erhöht sich der Kraftwagenbestand in Berlin. Am 1. Juli findet bekanntlich im Deutschen Reich jedes Jahr die amtliche Automobilzählung statt; die Ergebnisse für die Reichshauptstadt liegen jetzt vor. Der Gesamtbestand an Autos betrug am 1. Januar d. J. 50 821 Kraftfahrzeuge, am 1. Juli d. J. 59 971, er stieg also um 9150 Fahrzeuge. Als besonders charakteristisch zu vermerken ist, daß das Automobil, und zwar der Kleinwagen, mehr und mehr die Kraftäder verdrängt. Es waren am 1. Januar d. J. 15 900 Privatpersonenwagen, ohne Droßiken und Omnibusse, 15 900 gemeldet, am 1. Juli d. J. 20 200. Während die Kraftäder am 1. Januar d. J. 16 600 aufwiesen, waren am 1. Juli d. J. 19 200 gemeldet, darunter 15 200 Großkraftäder, das bedeutet, daß am 1. Januar d. J. noch 700 Privatwagen weniger als Kraftäder in Berlin in Betrieb waren, während am 1. Juli d. J. bereits die Automobile die Kraftäder um 1000 Stück übertrafen. Die Kraftdroßiken, deren Zahl sich bekanntlich in den letzten zwei Jahren verdoppelt hat, weisen in diesem Halbjahr keine besondere Zunahme auf, weil der Numerus Klausus vor einiger Zeit eingeführt worden ist. Der Bestand stieg von 8600 auf 9300. Die Omnibusse sind von 447 auf 517 in ersten Halbjahr gestiegen. Die Lastkraftwagen weisen eine Erhöhung des Bestandes von mehr als 10 Proz. auf. Ihre Ziffer stieg innerhalb der letzten sechs Monate von 9300 auf 10 500. In den ersten Tagen des Juli ist bereits das 60 000. Kraftfahrzeug in Berlin zugelassen worden.

Opfer des Alltags.

In den Eisenbahnbetriebswerkstätten in Pantow-Heinersdorf ereignete sich gestern ein folgenschwerer Unfall. In der Malerei war der Arbeiter Franz Pafolat aus der Jungbornstr. 9 zu Blankenburg mit Sprharbeiten beschäftigt, wozu er einen Sprharapparat verwendete. Aus bisher noch ungeklärter Ursache explodierte dieser mit lautem Knall. P. wurde durch herumfliegende Glimmerstücke schwer verletzt und samt Blut überströmt zu Boden. Der Verunglückte, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde in das Pantower Krankenhaus

Funkwinkel.

Orchesterkonzert war der Abschluß dieses Funttages. Ramenlich der erste Teil des Programms, der Smetana gewidmet war, wurde von Bruno Seidler-Winkler, dem Dirigenten des Abends, außerordentlich schön gegeben. Nach der Ouvertüre zu der „Verkauften Braut“ sang Maria Müller von der Staatsoper die Arie „Endlich allein“. Der volle und warme Sopran der Sängerin, der in der Ueberrmittlung durch den Sender wenig von seinem natürlichen Klang einbüßt, vermittelte den schönen Eindruck dieser Abendveranstaltung. Die zweite Hälfte des Programms wurde in musikalischer Folge mit Werken von Wagner, Pfitzner, Verdi und Sinigaglia bestritten, für die sich Maria Müller und das Funkorchester unter Seidler-Winkler ebenfalls erfolgreich einsetzten. — R. W. Goldschmidt, Dozent an der Humboldt-Hochschule, führte in einem Vortrag „Die Umwälzung der Weltanschauung und die Krise der Gegenwart“ seinen Zyklus „Das neue Weltbild“ weiter. — Man begrüßt es dankbar, daß der Berliner Sender nun schon seit längerer Zeit über wichtige Ereignisse des politischen und wirtschaftspolitischen Lebens regelmäßig zusammenfassend referieren läßt. Diesmal berichtete Dr. Max Kofcher über den „Stockholmer Kongreß der Internationalen Handelskammer“. — Eine Reihe anderer hörenswecker Darbietungen vervollständigten das Tagesprogramm. — Les.

gebracht, wo er kurz nach der Einlieferung an den Folgen seiner schweren Verletzungen starb. Eine Untersuchung über die Schuldfrage ist eingeleitet worden. — Auf dem Güterbahnhof in Zehlendorf-Mitte ereignete sich gestern nachmittag ein tödlicher Unfall. Beim Lieberstreifen der Gleise wurde der 39-jährige Schachmeister Vinzenz Jasumbed aus der Jüdenstr. 9 zu Spandau von einem herannahenden Güterzug erfasst und überfahren. I. hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er starb, bevor der herbeigerufene Arzt an der Unfallstelle erschien. Die Leiche wurde in die Zehlendorfer Friedhofshalle gebracht. — Beim Baden in der Havel bei Sotow in der Nähe der Bodewiese ging gestern abend gegen 8 Uhr der 16-jährige Lausbursche Richard Bolleermann aus der Reher Str. 97 zu Spandau plötzlich unter. Sofort vorgenommene Rettungsversuche blieben erfolglos. Der Reichswasserschutz konnte den Ertrunkenen nach kurzer Zeit bergen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus geschafft. — Einen tragischen Tod fand gestern nachmittag gegen 5 Uhr der fünfjährige Kurt Lang aus der Rehbürger Str. 4. Der Kleine spielte zusammen mit mehreren Kindern an der Uferböschung der Spree vor dem Hauje Holtsteinsches Ufer 4. Pöblich kürzte der Knabe kopfüber in die Spree. Vorübergehende, die den Unfall beobachtet hatten, machten sich sofort an das Rettungswerk, doch konnte der Kleine L. nur noch als Leiche geborgen werden.

Ein hartnäckiger Selbstverstümmeler.

Er schlägt sich selbst den Bauch auf.

Der Kriminalfall als solcher verdient kaum einer Erwähnung: er ist mehr als alltäglich. Der Mann, um den es sich in diesem Falle handelt, ist 13 mal vorbestraft, Sohn eines Trinkers und selbst schwerer Psychopath. Die erste Instanz hatte ihn zu drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Erwerbsloshilfe wegen Diebstahls in drei Fällen verurteilt; alle drei Male hatte er bei seinen Bekannten sämtliche Kleider und Bäsche fortgetragen. In einer der Wohnungen gab es sogar drei Geschädigte, darunter einer Arbeiter, der an Schwermut litt und der nun, um all seine Habe gebracht, Selbstmord beging. Pust, so heißt der Mann, wollte sich jedoch mit dem Urteil erster Instanz nicht zufrieden geben. Er behauptete, sich im ersten Falle nur der Heberelei schuldig gemacht zu haben. Jetzt hatte sich deshalb mit der Sache die zweite Instanz zu beschäftigen. Nun kommt das Außergewöhnliche, worüber man vom anwesenden Gerichtsrat Dr. Bürger ausführlich informiert wurde. Er bezeichnete den Angeklagten als den schwierigsten Gefangenen, den er je kennen gelernt habe. Nicht genug, daß er verschiedene Gegenstände verschluckte, er schneute auch nicht, sich den Bauch aufzuschneiden und nach der Operation immer wieder die sich bereits schließende Wunde mit Glas aufzureißen. Die Folge war eine Magen fistel. Die Heilung nicht, weil er die Wunde stets von neuem aufriß. Man versuchte, ihm die Hände zu fesseln, es half nichts. Man brachte ihn ins Krankenhaus, man kam ihm in jeder Weise entgegen, man gab ihm Urinab — er war aber bald wieder mit neuen Straftaten da, nur die Fistel blieb dieselbe. Das Ende, das ihn erwartete, sei eine tödliche Injektion, meinte Dr. Bürger; einmal habe er bereits seine Wunde infiziert. Deshalb er das tue? Um aus dem Gefängnis herauszukommen, obgleich er wissen müsse, daß es ihm nichts helfe; das ist die Trostlosigkeit eines Psychopathen, der seiner Umgebung etwas Unangenehmes zufügen will, sobald ihm etwas nicht paßt.

Der Angeklagte, ein kleiner Mann, stand da mit dem Gesicht zur Wand gekehrt, mit sich und der ganzen Welt hadernnd. Wer konnte da glauben, daß dieser Mensch, der sich immer wieder selbst diese physischen Leiden zufügt, geistig ganz gesund sein könne? Ein hartnäckiger Selbstverstümmeler! Seine Handlungen grenzen eigentlich hart an Selbstmord. Der Gefängnisverwaltung wird er aber noch viele Wähen verursachen.

Die Mitglieder des Jugendchors und die Mitglieder des Sprechchors der Volksbühne treffen sich am Sonntag, dem 10. Juli, nachmittags 2 Uhr, auf dem Falkenberger Gutshofe zur Mitwirkung am Bauhüttenfest.

Ein Sommerfest veranstaltet die Jungmannschaft Söb. Ost des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Kreiderein Kreuzberg, am Sonntag, dem 10. Juli. Die Veranstaltung findet im Viktoriagarten, Treptow, am Treptower Park 25/26, statt. Beginn des reichhaltigen Programms um 3 Uhr. Die Festrede hält Kamerad Rich. Barth.

Die Ozeanflieger in London.

Die beiden Ozeanflieger Chamberlin und Levine sind am Freitag in ihrem Flugzeug „Columbia“ in London eingetroffen. Bei der Landung waren in der Hauptloge nur einige Journalisten zugegen. Angeblich sollen zwischen Levine und Chamberlin erste Meinungsverschiedenheiten über geschäftliche Angelegenheiten ausgebrochen sein. Nach Pariser Büllettenmeldungen will Levine mit der „Columbia“ unter Führung eines französischen Piloten nach Amerika zurückfliegen. Chamberlin aber sei mit diesem Plan nicht einverstanden.

Der Pilot Bäumer-Hamburg hat mit seinem Flugzeug Soufwind II einen neuen Welthöhenrekord für Gleitflugzeuge erzielt. Er hat eine Höhe von 7400 Metern erreicht. Er benötigte für den Aufstieg etwas über eine Stunde, für den Abstieg etwa 20 Minuten. Damit ist ein neuer Weltrekord in der Klasse für Kleinflugzeuge aufgestellt worden.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

heute, Sonnabend:

Stegh 1: Treffen zur Fahrt des Werdegeurts 19¼ Uhr. Wartebst. — Friedebau: Treffpunkt zur Fahrt des Werdegeurts 17¼ Uhr Rathaus Friedebau.

Werdegeurt Schöneberg: Wochenendfahrt nach Treptow. Treffpunkt 18 Uhr. Eberstraße und 20¼ Uhr. Schöneberg.

Werdegeurt Treptow: Wochenendtreffen in Jollen. Treffpunkt 18 und 21 Uhr. Jollen. Wimpel, Spielgeräte und Musikinstrumente sind mitzubringen.

Werdegeurt Pantow: Wochenendtreffen nach Uckerath. Treffpunkt 18 Uhr. Pantow-Schöneberg. Fahrgeld 40 Pf. Uebernachten 20 Pf. Sämtliche Gruppenmitglieder müssen erscheinen, da Sachverständigen, Jochen und Musikinstrumente mitzubringen.

Werdegeurt Uckerath: Briefing am Sommerfest des Partei im Großen Uckerath in Treptow. Beginn 18 Uhr.

Morgen, Sonntag:

Reinholdsdorf-West: Beim Seebadstr. 1. Runder Abend.

Werdegeurt Reinholdsdorf: Baldi in der Königsreihe (Friedensplatz). Gesang, Spiele, Wettkämpfe. Beginn 18 Uhr. Am Wasserfuß der Glor. Beginn 18 Uhr. Gemeinsamer Abend 19¼ Uhr. Heberbergplatz. Eintritt 20 Pf. Die Orchester treffen sich um 8 Uhr Heberbergplatz.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachd. nach.) Weiterhin sehr warm, vorwiegend heiter, fortwährende Bewölkung, mäßige bis frische Winde aus Ost bis Nordost. — Für Deutschland: Ueberall Fortbestand der sommerlich warmen Witterung in der jähweiligen Hälfte des Deutschen Reiches; zahlreiche Gewitter.

Achtung!

Heute bei günstigem Wetter

am Himmel

„Chlorodont“

Bureau um acht.

Es fällt sehr schwer auf unser Nahen und stiehlt uns den Geschmack der Nacht, die tausend Wunder, die wir sahen. — — — Das Telephon ist aufgebracht. Ein Vehringer muß an seinen Endspurt denken, und der Kassierer spielt mit einem Scheck. Die Schreibmaschine ruht in den Gelenken, von meiner Hose glöht ein Tintenleck. Das kleine Fräulein hat nicht ausgeschlafen. Ein Lungenkranker geht auf den Abort. Der Kontorist flieht einen fernen Hafen, er schreibt New York und sehnt sich plötzlich fort. Der helle Tag schmilzt alle Fenster Scheiben. Ein Dach äugt schon nach einem Aeroplan. — Wir aber werden unser Blut verschreiben — „Mit Gott“ sieht's uns aus jedem Hauptbuch an.

Georg Semke.

Der Windstoß.

Von Henry de Forge.

Das war eine Überraschung heute morgen! Ich traf nämlich Fräulein Chouquette. Schon von der Reise zurück? Fräulein Chouquette, die ihre „vierwöchige Reise“ im Juli so oft verlängert, bis ihre Rückkehr in den Oktober fällt?

Ja, ja... sie hatte immer viel Freude an ihren Reisen! In dem Badeort, den sie dieses Jahr gewählt hatte, war sie auch wieder vom ersten Tage ihres Erscheinens an bewundert worden. Eine Woge von Verehrern umschmeichelte sie auf Schritt und Tritt; sie schamlos, priesen, erklärten, waren immer zu Diensten — oh! Manche waren ganz entzückt. Sie bemühte sich auch redlich, alle Männerherzen, die ihr begegneten, zu entzünden! Warum sollte sie auch nicht?

Chouquette ist ja, seit ich sie kenne. Seit sie in dem vernünftigen Alter, das heißt 20 Jahre alt ist, studiert sie in den Ferien die Männer mit großer Genauigkeit. Sie denkt, daß ihr diese Kenntnis einmal helfen wird, nach ihrem Geschmack glücklich zu werden!

Natürlich erschien mir heute diese plötzliche Rückkehr — so ganz gegen ihre Gewohnheit — beängstigend, und ich fürchtete etwas sehr Unangenehmes.

„Ja,“ erklärte sie, „der Wind hat schuld.“ Ich wurde neugierig. Dies kleine, zarte, leichte Wesen war doch nicht wie ein Strohhalmchen von einem losen Wind entführt worden?

„Es ist eine sehr unangenehme Sache,“ vertraute sie mir an, nachdem sie mich beschworen hatte, sie keinem weiter zu erzählen. „Sie kennen mich. Sie wissen, daß ich keiner Fliege ein Bein antun kann. Wenn ich mich lieben lasse — in allen Ehren natürlich —, so ist es es zuerst, weil ich es doch nicht hindern kann. Und nachher, wissen Sie — wird das Herz so warm, wenn es sich geliebt weiß! Dann kann ich nicht aufhören; auch wenn ich weiß, daß es zu keinem ernstlichen Ziel führt.“

Die Männer haben übrigens nicht viel von mir; und sie vergessen mich bald. Am liebsten lasse ich mir schreiben. Das ist bequem: ein Brief hält sich, man kann ihn wieder lesen... Man legt ihn in eine Schublade; aber die Worte schmeicheln immer hervor. Ich habe sehr, sehr viel Briefe bekommen! Allen, die mich einmal liebten, habe ich versprochen zu schreiben. Ich bekomme täglich ein Feuerwerk von Briefen. Ich antworte von Zeit zu Zeit; liebenswürdig, aber oberflächlich, ohne mir etwas zu vergeben.

Aber — wohlverstanden! — jeder denkt, er ist der Einzige, der mir schreibt.

Diese Saison versprach wundervoll zu werden. Das schlechte Wetter führte zu keiner Langeweile. Im Gegenteil. Die Badegäste, die weder schwimmen noch spazieren gehen konnten, dachten eben an mich und schrieben mir. Ist es nicht eigentlich erstaunlich, daß ein junger Mann einem 23 Jahre alten Mädchen, das ohne Schutz in seiner Nähe weilt, Phrasen über Phrasen auf das Papier malt? In einem alten, von grünem Atlas bezogenen Koffer, der noch von meiner Großmutter stammt, habe ich meine Liebesbriefe auf. Da lagen sie wohlgeordnet, die ich seit meiner Ankunft im Juli von einem nach dem anderen bekommen hatte. (Jeder dachte natürlich wieder, er sei der Einzige. Es ist zum Lachen!) In dem kleinen Seebad konnten sich alle. Ein unbedachtes Wort hätte die schrecklichsten Aufregungen hervorgerufen. Doch es war ja keine Gefahr! Ich ließ gelassen lächelnd in dem Feuer von Bekenntnissen, Erklärungen, Schwüren, die mich zu erweichen hofften.

Die Frauen hatten keinen Grund, sich zu entsetzen — da ich mich ganz korrekt benahm. Sie beneideten mich nur um meine Toiletten.

Mein Aufenthalt stieß also zu meiner größten Zufriedenheit dahin, bis... eines Abends...

Eines Abends kam das Unheil... der Windstoß. Das war kein gewöhnlicher Windstoß; der einen Topf umstößt, einen Zweig bricht, ein Boot schaukelt... oh! Wenn er nur das getan hätte!

Es war an diesem Abend sehr schwül. Ein teuflischer Gedanke veranlaßte mich, das Fenster, das auf den Strand führte, zu öffnen. Ich hatte eine nette Stunde verbracht. Mein Köfferchen stand noch offen auf dem Tisch; ich hatte in meinen Liebesbriefen gekramt. Da gab es viel zu lachen — oh — manche waren doch zu dumm! Huihui — ein unternehmungslustiger Wind, so ein toller, unverschämter Bürste fuhr herein, unter meine Briefe — zog sich dann wieder aus dem Fenster zurück — und nahm meine siebenundsiebzig Briefe mit — ohne auch nur einen zurückzulassen.

Sie können sich die Ausfichten auf den nächsten Tag vorstellen! Meine siebenundsiebzig Briefe in den Gassen der kleinen Stadt — siebenundsiebzig Liebesbriefe im Sand, in den Burgen, in den Strandfächern! Siebenundsiebzig Briefe! Im Geheimen geschrieben, gewiß! Aber in vollstem Vertrauen, ohne Verstellung der Hand, schrift, ohne Namensänderung — kein Buchstabe fehlte in meinem Namen. Wieviel Chouquettes gibt es schon in der Welt!

Der glühend verliebte Brief von Jean S. wurde auf den von Robert M. fallen; der, den der pernarre Henry A. schrieb, in die Hände der Frau B. In vierundzwanzig Stunden ist diese ganze Briefschicht aufgehoben, gelesen, auswendig gelernt, von einem zum anderen getragen. Wieviel heiße Herzen werden sich da entflam-

Kartoffelzoll.



Schiele hat recht: Was brauchen wir Kartoffeln einzuführen, wo unsere Arensdorfer Bauern die dicksten Kartoffeln haben?!

men, an diesem leidenschaftlichen, hingebenden Bestimmen, an diesen glühenden Worten, die doch nur für mich bestimmt waren!

Am Morgen würden sie sich wie immer — eine große Familie — am Strand versammeln; jeder mit seiner Ernte an Liebesbriefen, die ihm der Wind gefügt hatte. An „Die geliebte Chouquette“, an die „Chouquette meines Herzens!“ Ja, dann konnte die Chouquette kommen!

In der Morgendämmerung, als noch keiner draußen gewesen sein konnte, als die siebenundsiebzig Liebesbriefe noch erwartungsvoll auf den Plätzen lagen, die ihnen der Wind angewiesen hatte, ließ ich, anstatt zu schlafen, den Koffer meiner Großmutter in der Hand, zitternd über den Sand, durch die Stadt nach dem Bahnhof. Ich hatte meine Sachen ohne irgendeine Erklärung gepackt. Von keinem hatte ich Abschied genommen — nun sah ich in dem Zug nach Paris.

Gott sei Dank! — Der Zug setzte sich in Bewegung! Jetzt wissen Sie, weshalb ich meine Ferien verkürzte. Ich habe mir nun aber geschworen: keiner darf mir noch einmal schreiben, daß er mich liebt...“

(Autocritische Uebersetzung von Uesef Uen Jacobs.)

Zwei Geschichten vom Kriege.

Von Iwan Heilbut.

Feuerprobe.

Ich ging mit einer sehr schönen Dame in Potsdam spazieren. Und weil wir eben in Potsdam waren, kamen wir auf den Tod zu sprechen.

„Der Krieg ist heilig,“ sagte die Dame.

„Das Leben nicht auch?“ fragte ich Antwort.

„Göbe es Krieg,“ glühte die sehr schöne Dame, „so wolle ich in Männerkleidung Maschinengewehr und Mörser bedienen. Augen sollten mich wie Schlossen umhageln, giftige Wesen über mich hingehen...“

In diesem Augenblick riefen mehrere Leute: Puh! und einige Damen gingen sogar an, zu laufen. Was war geschehen? Der Wind sprühte Sand durch die Straße, die Luft war voll von Myriaden fliegender Körnchen, die in Augen und Nase und unter die Kleidung sprangen. Vielleicht war die Ursache ein gelöschter Sandfack — es war wie ein Regen.

„Hui puh!“ schrie die sehr schöne Dame, drehte bei und ich sah ihre sehr schönen Beine mit der Geschwindigkeit eines Osterhasen in den schützenden Eingang eines Modeladens verschwinden.

Antwort.

Der junge Mann wünschte sehr einen Krieg, „denn,“ sagte er, „sich ist der Tod auf dem Felde der Ehre.“

Als er aber in einem Schlammloch — und eine große Schar von kleinen Bewohnern auf seinem Leibe zu Hause war, sagte er zu sich selbst: So habe ich's nicht gemeint, und lief weg.

Er wurde aber gefangen, und am nächsten Tage fühlte er eine beträchtliche Anzahl von Flintenläufen auf sein Herz gerichtet.

Wenn mir wenigstens einer erklären würde, dachte der junge Mann, ob ich damals, als ich das Sterben wünschte, verrückt war — oder ob ich's erst heute bin?

Da sagten alle Gewehre: Knall! — Und er wußte Bescheid. Und war tot.

Schlamm.

Von Hans Gundlach.

Großstadtströme: mächtige Ströme! Drüberhin flutet der Reiter, klar in goldener Sonne; drüberhin fliegen die Wolken; Schwärmen segeln auch hier! — Zwischen den steilen hohen Häuserwänden aber gurgeln die Wogen von Staub und Lärm, bis über die Dächer aufbrandend, eine graue Flut. Unten am Grunde wälzt sich der Menschenschlamm um die Ägen Laternen.

So im Strome saßen wir den armen jungen Scherenschleifer manches Jahr; er trug auf dem Rücken sein Ködchen, sein Rödel ging an seiner Seite, sie trällerten sich ein Lied. So ging es von Hof zu Hof; Scheren und Messer pfliffen über dem laufenden Stein, bis die Rängen blühten. Den jungen Scheren-schleifer und sein Rödel kannte die ganze Gegend.

Mit einem Male fiel die wenige Kundschaft ab. Er arbeitete nicht schlechter, nicht teurer. Aber kaum ging noch ein Fenster auf, wenn sie auf den Höfen riefen: „Der Scheren-schleifer ist hier! Der Scheren-schleifer ist hier!“ Wo sie hinkamen, war das Feld gemäht; ihre blauen Augen blickten aus den schmalen Gesichtern lange wartend hinauf, stehend fast; vergeblich. Sie hatten einen Konkurrenten, der vor ihnen her mit dem Schelstrad zog.

Sie folgten seiner Spur, von Hunger und Haß gehebt. Sie suchten ihn; es galt Leben und Tod. Sie trampften die Hände, als müßten sie ihn schon.

Endlich fanden sie ihn. Da stand er auf dem Hofe, groß, schwarz und hager, mit lebendem Blut hinaustrübend; „Der Scheren-schleifer

ist hier!“ — Sie lauerten ihm auf. Der Blonde stürzte sich gegen ihn: „Du...“

Aber dann hielt er inne; sie sahen sich Auge in Auge, plötzlich lächelnd, und fielen sich um den Hals, sich innig umflammernd: „Bruder Armut!“

Sie wurden Freunde in Leben und Tod. Sie verhungerten auch gemeinsam, alle drei.

Die altpreussische Prügelstrafe.

Bei der Beratung des neuen Strafgesetzbuchentwurfs hat der deutchnationale Abgeordnete Barth auf den „erzieherischen Wert der Prügelstrafe“ hingewiesen und ihr unter Hinweis auf England, wo in den Gefängnissen noch gründlich geprügelt wird, sympathische Worte der Empfehlung gemeldet. Da dürfte es nun wohl von Interesse sein, einiges über die bis zum 6. Mai 1848 in Preußen in Gebrauch gewesene Prügelstrafe kennenzulernen, von der im allgemeinen heute nur noch der Name bekannt ist.

Das altpreussische Gesetz kannte drei verschiedene Gruppen von Prügeln: gegen Soldaten, gegen Erwachsene oder „Civilisten“, wie es offiziell hieß, und gegen Knaben und Weiber. Bei Soldaten wurde seit den fredericianischen Zeiten der sogenannte Korporalstock zur Anwendung gebracht, bei Civilisten die Peitsche (1) und bei Knaben und Weibern die Rute, die aus abgeschweiften Haselstäben bestand. Da sich nun nach den napoleonischen Kriegen in dem Vollzug der Prügelstrafen durch den Gebietszuwachs der neuen Provinzen mancherlei Verschiedenheiten herausgebildet hatten, so wurde in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Reihe von Verordnungen erlassen, welche das Prügeln ebenfalls einheitlich regeln sollten, wie etwa bis zum Jahre 1806 die Föple der Soldaten streng und genau gemessen worden waren. Zu diesem Zweck wurden in die einzelnen Provinzen eine Anzahl von „Normalpeitschen“ geschickt, nach der die Strafvolksgesgegenstände hergestellt werden sollten, und diesen Normalpeitschen folgten die „Prügelmaschinen“. Nun darf man in diesen Maschinen nicht etwa einen Erlas für die Handprügelerei erblicken, die, wie etwa Dresch- oder Rähmaschinen, die menschliche Arbeit ausschalten sollten, es waren vielmehr eine Art von Bänken, auf welche die Delinquenten festgeschraubt wurden, um jede Bewegung der sich vor Schmerz krümmenden Körper unmöglich zu machen und dadurch einen hemmungslosen Vollzug der Strafe zu sichern; zugleich sollte dadurch auch verhindert werden, daß infolge der Bewegung des armen Sünders die Peitschenhiebe einen anderen Körperpartei, als den zum Empfang der Schläge bestimmten, treffen könnten.

Diese Strafe blieb, wie gesagt, bis zum Jahre 1848 in Kraft, wo sie unter dem Einfluß der Revolution abgeschafft wurde. Mit der Prügelstrafe fielen auch die anderen barbarischen Einrichtungen in den altpreussischen Gefängnissen, von denen hier nur die sogenannten „Hörner“ erwähnt seien, zwei geschweifte eiserne Stäbe, die an einem eisernen Ringe befestigt waren. Dieser Ring wurde um den Hals des Gefangenen gelegt, das die Hörner zu beiden Seiten herausragten; es sollte dadurch das Kriechen durch Maueröffnungen erschwert oder unmöglich gemacht werden.

Das Moskauer Zirkus- und Musik-Hall-Publikum. Bei der Moskauer Hauptstelle für politische Aufklärung, dem „Glaspolit-prosvet“, befehlt ein Sonderausschuß zur Erforschung des Theaterzuschauers. Dieser Ausschuss veröffentlicht soeben seinen ersten dreijährigen Bericht, der sich mit dem künstlerischen Geschmack und mit der sozialen Schichtung des Moskauer Zirkus- und Musik-Hall-Publikums befaßt. Es entfallen von den Zirkusbesuchern weitaus der größte Teil, und zwar 38 Proz., auf Beamte und Angestellte, je 18 Proz. auf Arbeiter und Schüler und 3 Proz. auf Bauern. Der Prozentfuß des Arbeiterpublikums im Zirkus ist bemerkenswerter Weise doppelt so hoch wie in den Theatern. Nicht weniger als 23 Proz. der Zirkusbesucher gehören den Kreisen der akademischen Gebildeten an, was die „Wschernaja Moskwa“ damit erklären will, daß die Geistesarbeiter sich mit besonderer Vorliebe beim Ansehen und Bewundern körperlicher Geschicklichkeitskunststücke auszuüben pflegen. Etwa die Hälfte der Zirkusfreunde steht im Lebensalter von 19—30 Jahren. Die begreiflichen Schaumummen sind Dressurakte, Radkünstler und Equilibristen, Luftgymnastik, musikalische Exzentriks und politische Tagesaktionen. Rohe oder halbberührende Darstellungen wurden, laut einer Rundfrage, fast durchweg als unerwünscht und abstoßend beurteilt. Die soziale Zusammenfassung des Musik-Hall-Publikums entspricht ungefähr der Zirkusverhältnisse, doch ist hier die Frequenz von Vertretern freier Berufe höher und andererseits die Arbeiterschaft nur mit 11,3 Proz. vertreten. Allgemein werden dringlichste Wünsche nach einer Verbilligung der Eintrittspreise, des Büffetts und der Garderobenablage geäußert.

—r.

Man lernt nie aus.

Der größte Edelstein der Welt ist ein weißer Topas, der augenmäßig im Field-Museum in Chicago ausgestellt ist. Er wiegt nicht weniger als 90 Pfund. Man hat berechnet, daß er genügt, um 200 000 Ringe zu liefern.

Der Sprache nach zerfällt die europäische Bevölkerung in 154 Millionen Germanen, 150 Millionen Slawen, 120 Millionen Romanen, 21 Millionen Mongolen, 1,5 Millionen Albaner, je 600 000 Basten und Zigeuner und 400 000 Armenier.

Der Rechtsblock schützt den Besitz.

Die Zollvorlage auch in zweiter Lesung angenommen. — Die Rechte streift. Steuerermilderung für das Großkapital.

In der Spezialdebatte über die Zollvorlage, die gestern im Reichstag bei der zweiten Lesung des Entwurfes stattfand, wurden zuerst die Abschnitte Mehl und Kartoffeln besprochen. Als erster Redner sprach

Abg. Krähig (Soz.):

Das Mißtrauen der Sozialdemokratie gegen die jetzige Regierung war nur allzu berechtigt. In einer Zeit, wo die Preise für die wichtigsten Lebensmittel ohnehin außerordentlich verteuert wurden, sollen Mehl und Kartoffeln durch Erhöhung der Zölle noch weiter belastet werden, und das angesichts der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz.

Von dieser Regierung kann man wirklich sagen: Bei ihr ist nichts unmöglich.

Diese Zollpolitik widerspricht glatt der Versicherung des Reichswirtschaftsministers auf dem Industrie- und Handelstag in Hamburg, wonach Verhandlungen mit den anderen Ländern die Herabsetzung des Zollniveaus erreicht werden sollte. Diese unselbige Politik erinnert an die Redeaktion, die im Jahre 1925 zur Senkung der Preise eingeleitet wurde. Man will durch solche Reden nur die Aufmerksamkeit der Massen von den Plänen der Zollwucherer ablenken. Der Mehlsoll ermöglicht die Schließung eines Unternehmerringes, der unter Mithilfe des französischen Kapitals den deutschen Verbrauchern das Brot verteuern soll. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das deutsche Volk soll bei gefüllten Scheunen hungern, wie es vor einigen Jahren Graf Westarp angeklagt hat. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat vor einigen Monaten Vorratszahlen über Roggen veröffentlicht, die sich inzwischen als falsch erwiesen haben. Diese Irreführung der Öffentlichkeit hat dazu beigetragen, daß die Roggenpreise in die Höhe getrieben wurden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Nachdem man den Arbeitern die Hälfte des Brotes genommen hat, greift man jetzt auch in ihre Kartoffelschüssel hinein, um sie noch mehr zu schädigen. Die Angaben über die Betriebsgrößen bei der Kartoffelproduktion sind unvollständig, es fehlen darin die Betriebe mit über 100 Hektar, bei denen sich die Erzeugung von Kartoffeln außerordentlich gesteigert hat. Hier zeigt sich, aus welchen Gründen die Großgrundbesitzer und ihre Partei, die Deutschnationalen, eine Erhöhung des Kartoffelzolls verlangen.

Vielleicht soll der Kartoffelzoll dazu dienen, die Beiträge der Großgrundbesitzer an die Deutschnationale Partei zu decken. (Unruhe rechts.)

Wenn wir wieder eine schlechte Kartoffelernte bekommen sollten, so werden die Preise noch über den augenblicklichen Stand hinaussteigen. Im christlichen Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche“ hat das kürzlich erst Rohr nachgewiesen. Zahlreiche unterernährte Kinder müssen von der öffentlichen Fürsorge erhalten werden, weil es zu Hause an Brot und Milch fehlt, weil sie keine Mittagsschokolade bekommen. Tuberkulose und andere Krankheiten wüten unter diesen Kindern, aber als wir für die Speisung dieser Kinder 5 Millionen forderten, wurde es von den Regierungsparteien zurückgewiesen, und jetzt kommen sie mit diesen Wucherzöllen.

Die besten moralischen Grundzüge gehen zum Teufel, wenn hier Gesetze gemacht werden, die die Existenz der armen Bevölkerung untergraben.

Heißt das die Lehren von Christus befolgen, wenn den Armen, den Hungernden das Brot genommen wird, um dafür den Besitzenden um so mehr zu geben? Aber wir werden vor allem den Frauen sagen: Ihr habt es durch die Abgabe des Stimmzettels in der Hand, den Preis des Mehls und der Kartoffeln zu bestimmen. Und wir werden allen Wählern aus den arbeitenden Klassen sagen: Sorgt bei der nächsten Wahl dafür, daß dieser Wucherfeldzug der letzte gewesen ist. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Czeuhburg (Komm.) beantragt die Herbeiführung des Reichsanfängers. Der Antrag wird von den Regierungsparteien gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Redermeyer (Komm.) weist darauf hin, daß die große Zahl der kleinen und mittleren Bauern vom Mehlsoll nur Schaden hätten, weil sie Mehl nicht verkaufen, sondern kaufen müssen. Wenn der Minister vom Schutz der Landwirtschaft spricht, meine er nur den Schutz der Großagrarier. Den wirklich noleidenden Kleinbauern werde nicht geholfen. Der Redner erhält wegen beleidigender Bemerkungen gegen bürgerliche Abgeordnete einen Ordnungsruf.

Abg. Stöhr (Komm.) beantragt Herbeiführung des Reichsfinanzministers. Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dietrich (Dem.) weist auf die ungünstige Lage der Bauern hin, die Schweine züchten. Der Anker für Schweinefleisch stehe auf 100, der für Futtermittel auf 156. Der richtige Weg zur Abstellung dieser Mißstände wäre die Aufhebung oder wenigstens weitgehende Herabsetzung der Futtermittelzölle. Da die Regierungsparteien aber diesen Weg nicht gehen wollen, würden die Demokraten trotz starker Bedenken der Erhöhung des Schweinezoll zustimmen, um der deutschen Schweinezucht die Existenzmöglichkeit zu sichern.

Abg. Obendieck (Komm.) bekämpft den Kartoffelzoll.

Kommunistischer Vertagungsantrag ohne Kommunisten.

Abg. Stöhr (Komm.) beantragt die Vertagung der Sitzung, bis die Regierungsparteien es sich überlegt haben, ob sie sich an der Debatte beteiligen wollen. (Heiterkeit.)

Zur Unterstützung dieses Antrages bedarf es 30 Mann, die aber die Antragsteller nicht stellen können, weil von ihnen selbst nur etwa 12 Mann im Saal sind. Ueber den Antrag wird also nicht abgestimmt.

Abg. Frau Wurm (Soz.):

Die Zölle wirken sich besonders dann aus, wenn die Ernte schlecht ist. Anzeichen sind aber die Agrarier gar keine gute Ernte, damit die Preise nur recht hoch steigen. (Unruhe rechts.) Durch den Zoll auf Futtermittel wird die Produktion von Schweinen nicht gesteigert. Es gibt nur eins, um die Interessen der Schweinezüchter und der Verbraucher zu befriedigen. Beseitigung der Futtermittelzölle, dann ist auch die jetzt geforderte Zollerhöhung auf Schweinefleisch nicht nötig. Auch am Kartoffelzoll haben die Schweineproduzenten kein Interesse. Wir brauchen eine Erhöhung der Löhne, um die Kaufkraft der breiten Massen zu heben; wenn wir wollen, daß die Landwirtschaft blühen solle, dann müssen wir für eine gesunde Lohnpolitik sorgen.

Wir können unseren inneren Konsum noch außerordentlich steigern, aber nicht durch Zölle auf Lebensmittel, die die Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung so außerordentlich verteuern. Der Bedarf nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist groß, er kann noch vergrößert werden, aber dann muß auch dafür gesorgt werden, daß die Kaufkraft der Massen des Volkes durch Zölle nicht noch weiter hinab gedrückt wird. Die Rednerin wendet sich dann entschieden gegen die Absicht, auch das Gefrierfleisch mit Zoll zu belegen.

Die Preise für Lebensmittel befinden sich in dauernder Steigerung, wir dürfen daher die Einfuhr des Gefrierfleisches nicht unterbinden.

Wie groß das Elend unter der ärmeren Bevölkerung ist, das zeigt die große Zahl der Hundeschlachtungen. Solange es aber in Deutschland noch Menschen gibt, die sich mit Hundekot ernähren, dürfen wir keinen Zoll auf Fleisch erheben! Die jährliche Mehrbelastung für eine kleine Familie durch die jetzige Zollerhöhung beträgt 48,72 Mark (hört, hört), fragen Sie doch die Arbeiter, was das bei ihren jetzigen Löhnen bedeutet! Aber während die Arbeiter in Versammlungen gegen den neuen Zollraub protestieren, glänzen die Parteien der Rechten hier durch Abwesenheit, weil sie glauben, den Zollraub schon in der Tasche zu haben. (Die Bänke der Rechten sind fast leer.) Wir wünschen, daß die Wähler draußen sehen würden, in welcher Weise die Mitglieder der Rechtsparteien hier ihre Pflichten erfüllen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn Sie der Landwirtschaft helfen wollen, dann vereinigen Sie sich mit uns zu vernünftigen Maßnahmen, zur Hebung der Produktion, dann treiben Sie eine Handelspolitik, durch die die Wohlfahrt der Bevölkerung gefördert werden kann. Durch die Erhöhung der Zölle erreichen Sie das nicht. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Henke (Soz.)

weist zur Frage der Erhöhung des Zuckerzolls nach, daß der Anbau von Rüben und die Produktion an Rübenzucker wieder wesentlich zugenommen hat. Das Ziel, das nach der Begründung der Vorlage durch den Zoll erreicht werden soll, ist bereits durch die Wenderung der Lage auf dem Weltmarkt erreicht worden.

Das Zuckerkartell treibt die Preise im Inlande in die Höhe, um den Zucker auf dem Weltmarkt billiger absetzen zu können. Die weitere Hebung des Zuckeranbaues kann auch ohne Erhöhung des Zuckerzolls erreicht werden und zwar durch Hebung des

Zuckerverbrauchs. Der Zucker ist ein hochwertiges Nahrungsmittel, besonders für die ärmeren Kreise der Bevölkerung und deren Kinder. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die offiziellen Statistiken über den schlechten Gesundheitszustand sind doch Warnungen, die nicht in den Wind geschlagen werden dürfen. Wenn Sie sie nicht beachten, dann wird der Tag der Abrechnung kommen und wenn nicht früher, dann beim nächsten Wahlgang. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Duß (Komm.) führt aus, daß die Erhöhung des Schweinefleischzoll weber die Schweineproduktion heben noch eine Abwärtssteigerung zur Folge haben werde.

Abg. Weber-Düffelhof (Komm.) wendet sich gegen die Erhöhung des Zuckerzoll.

Damit ist die Aussprache über die Zollvorlagen beendet. Die Regierungsparteien haben sich an ihr überhaupt nicht beteiligt. Es folgen die

Abstimmungen über die Zollvorlage.

Der sozialdemokratische Antrag auf zollfreie Einfuhr von Futtermitteln wird von den Regierungsparteien abgelehnt. Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Eventualantrag, die Futterzölle auf der Höhe von 1925 zu belassen, also Gerste 1,30 M., Mais 2,10 M., ist auf Antrag der Sozialdemokraten namentlich. Sie ergibt die Ablehnung des Antrages mit 242 gegen 192 Stimmen. Das Gesetz über Zolländerungen wird nach Ablehnung auch der übrigen Wenderungsanträge in der Fassung der Regierungsvorlage gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen. Dann werden die Gesetzentwürfe über die Erhöhung des Zuckerzoll und die Wenderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen.

Schließlich werden noch ein Antrag der Wirtschaftspartei auf Erhöhung einiger Zollpositionen und ein sozialdemokratischer Antrag auf Ermäßigung des Mehlszoll abgelehnt.

Das Steuerermilderungsgesetz.

Bei der zweiten Beratung über die Verlängerung der Geltungsdauer des Steuerermilderungsgesetzes erklärt

Abg. Herth (Soz.):

Bereits im vorigen Jahre haben wir nicht der Milderung der Fiskuslasten unsere Zustimmung verweigert. Wir haben es für ausreichend gehalten, daß bei der Zusammenfassung von Betrieben, die Steuerlasten angepaßt werden der Leistungsfähigkeit der Unternehmungen. Wenn wir auch gegenwärtig der Verlängerung dieses Gesetzes unsere Zustimmung verweigern, so tun wir das in voller Übereinstimmung mit unserer Haltung im vorigen Jahre. Wir sehen in der Verlängerung des Steuerermilderungsgesetzes ohne die Erfüllung des seinerzeit gegebenen Versprechens, die Zuckersteuer in erheblichem Maße zu senken, ein Abweichen von dem Gedanken der Parität, auf dem sich damals eine Mehrheit des Reichstags vereinigte. Als dieser Beschluß gefaßt wurde, da gingen wir alle von der Meinung aus, daß eine Senkung der Zuckersteuer in erheblichem Maße erfolgen müsse und zwar zugunsten der Verbraucher und nicht zugunsten der Produzenten, wie das jetzt durch Erhöhung des Zolls geschehen ist. Dieses Abweichen von einstimmig gefaßten Beschlüssen des Reichstags muß den Glauben erschüttern, daß Versprechen des Reichstags auch gehalten werden. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Höllein (Komm.) wendet sich gleichfalls gegen die Verlängerung des Steuerermilderungsgesetzes.

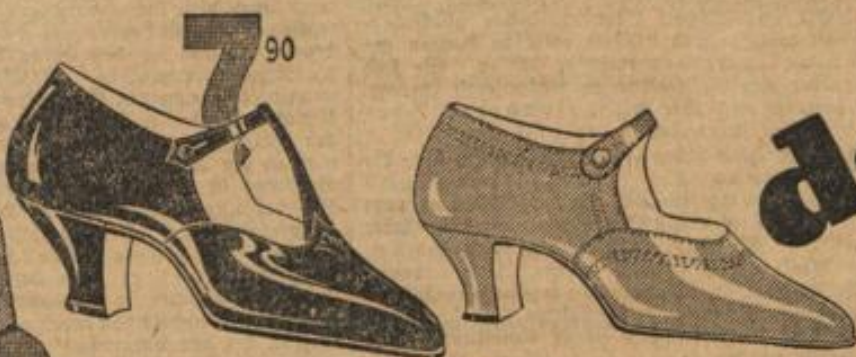
Abg. Brünning (Z.) behauptet, daß das Zentrum von dem im vorigen Jahre gefaßten Beschluß nicht abgewichen sei, und daß seine Partei sich in der Frage der Zuckersteuer durchaus loyal verhalten habe.

Abg. Dr. Herth stellt demgegenüber noch einmal fest, das Steuerermilderungsgesetz bedeute eine einseitige Begünstigung vornehmlich kapitalistischer Kreise. Zum Ausgleich dafür war in Aussicht gestellt worden eine wesentliche Senkung der Zuckersteuer im Interesse der Verbraucher. Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat auch eine Vorlage ausgearbeitet, durch die die geplante Senkung der Zuckersteuer weitgehend durch die Erhöhung der Branntweinabgabe. Damals war von uns eine weitgehende Senkung der Zuckersteuer vorgeschlagen worden. Auch das Zentrum hat damals durch den Abgeordneten Brünning erklären lassen, daß es bei jeder politischen Konstellation auf die Interessen der Verbraucher Rücksicht nehmen werde. Daß das jetzt nicht geschehen ist, das habe ich festgestellt. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Die Verlängerung des Steuerermilderungsgesetzes wird hierauf gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. Wir berichten darüber im Hauptblatt.

Damen-Lack-Stegspangenschuh mit Komie-Absatz



Hallo

Grau und braun Spangenschuhe mit Komie- u. amer. Absatz 6.90
Dam.-Spangenschuh, rosenholz mit amerik. Absatz . . . 7.90
In braun Kroko-Kalbleder . 7.90
Gau Boxcalc-Spangenschuhe mit Trotteur-Absatz . . . 8.90

Brauner Herren-Halbschuh, Rindbox, Original-Goodyear-Well, gedoppelt 8.90
Halbschuh für Herren, schwarz Rindbox, in guter Verarbeitung 6.90



Lack-Halbschuh für Herren, elegante Form

150 eigene Verkaufsstellen, davon 20 in Groß-Berlin und Potsdam:

- C. Spittelmarkt 15
- C. Rosenthaler Str. 14
- W. Schillstr. 16
- W. Potsdamer Str. 50
- (an der Kurlärstienstr.)
- NW. Turmstr. 41
- NW. Wilmnacker Str. 22
- NW. Beusselstr. 29
- N. Friedrichstr. 130
- N. Mäilerstr. 3
- N. Brunnenstr. 37
- N. Danziger Str. 1
- O. Andreasstr. 50
- O. Frankfurter Allee 22
- SO. Oranienstr. 2a
- SO. Wrangelstr. 49
- SW. Friedrichstr. 240/41
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- Potsdam, Brandenburg-Strasse 34
- Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 122/23
- Friedenan, Rheinstr. 67

Lowas Tack & Co. A.G. Burg

Unterirdische Machtpolitik.

Die Handelskammern gegen die kommunale Selbstverwaltung. — Abwehr tut not!

Die Befreiung des Dreiklassenwahlrechts für die Gemeindevetretungen hat das Gesicht dieser städtischen Parlamente und ihrer Magistrate von Grund auf verändert. Wo früher die Vertreter des fundierten Besitzes, Hauseigentümer und Gewerbetreibende, den entscheidenden Einfluß besaßen, sehen heute neben den Vertretern der verschiedenen bürgerlichen Parteien in sehr erheblicher Zahl die Beauftragten des städtischen Proletariats. Gleichzeitig hat sich der Aufgabentkreis der Gemeinde auf den verschiedensten Gebieten wesentlich erweitert. Immer tiefer greift die kommunale Verwaltung in das Leben des einzelnen ein. Öffentliche Fürsorge, Gesundheitswesen, Wohnungszwangswirtschaft, Wohnungsbau, Energiewirtschaft, Verkehrsweisen bezeichnen stichwortartig einige dieser wichtigsten Arbeitstriebe. Fast überall ist die Gemeinde der größte Arbeitgeber, ihre Lohnpolitik ist von bedeutendem Einfluß auf die Gestaltung aller örtlichen Arbeitsbedingungen, die kommunalen Unternehmungen auf den verschiedensten Gebieten machen sie zu einem wichtigen industriellen Auftraggeber, Verwaltungsmaßnahmen der Gemeinde sind von ständig wachsendem Einfluß auf die Entwicklung der verschiedensten Wirtschaftszweige und das persönliche Schicksal zahlreicher Einwohner.

Die Gemeindesteuern als Angriffspunkt.

Andererseits haben sich die Grundlagen der gemeindlichen Finanzgebarung vollständig geändert. Die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer waren bis zur Beendigung des Krieges Fundament der städtischen Finanzwirtschaft. Fast überall deckten diese Steuereinnahmen 50—60 Proz. des örtlichen Finanzbedarfs. Die Realsteuern — Grund- und Gebäude- sowie Gewerbesteuer — waren Nebensteuern, deren Inanspruchnahme sich zumelst in sehr engeren Grenzen hielt. Durch die Reichsfinanzreform des Jahres 1920 hat sich dies grundlegend geändert. Die Einkommensteuern als beweglicher Faktor sind weggefallen, der steigende Bedarf muß auf Grund des geltenden Reichsfinanzausgleichsgesetzes in erster Linie aus dem Aufkommen der Realsteuern gedeckt werden, die natürlicherweise unter diesen Umständen zum Hauptfaktor der kommunalen Budgets geworden sind. Während die Einkommensteuer heute nur noch etwa 25 bis 30 Proz. des Finanzbedarfs deckt, bringen die Realsteuern in den meisten Städten heute 40—50 Proz. desselben auf. Insbesondere die Gewerbesteuer wird gegenwärtig etwa mit dem drei- bis vierfachen Betrage der Vorkriegszeit in Anspruch genommen; das sind selbst bei Berücksichtigung der eingetretenen Kaufkraftminderung der Mark etwa 200—250 Proz. der Belastung in der Vorkriegszeit. Wenn es sich auch um eine Steuer handelt, die zweifellos in größtem Umfange in den Preis der Waren eingeht, also auf den letzten Verbraucher abgewälzt wird, so ist doch nicht zu bestreiten, daß diese gewerbliche Steuerbelastung, wie sie den Gemeinden durch den Finanzausgleich aufgezwungen worden ist, in vielen Fällen drückend ist und daß diese Minderung im Interesse der Preisentkung und der Wirtschaftsförderung durchaus erwünscht wäre.

Die hohe Gewerbesteuerbelastung hat schon seit Jahren die Berufsvertretungen von Handel und Industrie auf den Plan gerufen. Sie kämpfen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die starke Inanspruchnahme dieser Realsteuer durch die Gemeinden, ohne sich doch in vielen Fällen bei sachlicher Prüfung und Erörterung der tatsächlichen Zwangslage der Gemeinden verschließen zu können. Ihre ständig wiederholte Behauptung geht aber dahin, daß durch das allgemeine gleiche Wahlrecht die Zahl der Gewerbetreibenden in den Gemeindegemeinschaften so vermindert sei, daß ihnen jeder praktische Einfluß auf die Führung der Gemeindegeschäfte biete und daß die Gewerbesteuer, da sie von Gemeindevetretern, die sie beschließen, nicht selbst gezahlt werden müsse, eine Steuer sei, die man in den Kommunen besonders leicht und unbefugt beschließen könne. Da durch werde nicht nur eine steuerliche Überbelastung eines Berufsstandes herbeigeführt, sondern auch einer unvernünftigen Ausgabenwirtschaft Vorbehalt geleistet, denn die Gemeindevetretungen fänden sich um so leichter zu Bewilligungen unnötiger Aufwendungen bereit, je sicherer sie seien, daß sie selbst durch die sich daraus ergebenden steuerlichen Lasten nicht mit betroffen würden.

Ob und inwieweit die Dinge wirklich so liegen, braucht in diesem Zusammenhang nicht weiter erörtert zu werden. Jedenfalls sind wir

der Auffassung, daß in der Wirklichkeit zumeist mit sehr großer Sorgfalt abgemessen wird, wie die Belastungen im Rahmen der gezielten Zuständigkeit zu verteilen sind und daß die Städte im allgemeinen gerade aus Gründen der Förderung ihres örtlichen Wirtschaftslebens und der Reuanleitung von Betrieben in dieser Hinsicht so vorsichtig wie möglich verfahren.

Gefehgebung unter der Hand.

Die Vertretungen von Handel und Gewerbe aber haben in logischer Fortbildung dieser Auffassung mit größter Energie die Förderung vertreten, daß ihnen der in den Stadtverordnetenversammlungen fehlende Einfluß in der Form verschafft werde, daß ihnen eine Mitwirkung bei der Steuerfestsetzung gesetzlich gesichert werde. Diese von den Kommunen mit größter Entschiedenheit abgelehnte Forderung, die praktisch eine weitgehende Befreiung der Gemeindevetokratie bedeutet, hat der preussische Gesetzgeber bereits vor mehreren Jahren erfüllt und den gewerblichen Berufsvertretungen das Recht gesichert, vor der Fassung von Umlagebeschlüssen der Gemeinden gehört zu werden.

Diese Anhörung hat sich natürlich in der Praxis bereits zu einer sehr weitgehenden Einwirkung entwickelt und es zeigt sich immer deutlicher, daß sie der erste verhängnisvolle Schritt auf einem abschüssigen Wege gewesen ist. Es ist heute überall festzustellen, daß die Handelskammern einen außerordentlichen Einfluß auf die Finanzgebarung der Kommunen gewonnen haben. Bei den verschiedensten Gelegenheiten nehmen sie Veranlassung, wie dies ja ganz folgerichtig ist, nicht nur die Umlagebeschlüsse zu kritisieren und die Aufsichtsbehörden zu einer Abänderung der kommunalen Besteuerungssätze zu veranlassen, sondern auch offiziell Stellung zu den einzelnen Haushaltsansätzen zu nehmen. Sie mißbilligen z. B. bestimmte Ausgaben, deren Verminderung oder Abhebung sie verlangen, um die Senkung der Steuererträge zu erreichen. Da jeder Einspruch der Handelskammer bei den Aufsichts- und Genehmigungsbehörden zu zahllosen Erörterungen führt, so auch im allgemeinen das Ohr der Genehmigungsbehörde finden, tritt überall in den Gemeindeverwaltungen das Bestreben deutlich zu Tage, diese Wünsche schon vorab zu befriedigen; d. h. der wirkliche Einfluß der privatkapitalistischen Berufsvertretungen wächst tatsächlich weit über den ihnen gesetzlich zugebilligten Umfang hinaus. Wie die Dinge liegen, beweist bühnenartig die wiederholt in letzter Zeit aufgestellte Forderung, daß, wenn die Berufsvertretungen keinen Einspruch erheben, eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde in Wegfall kommen könnte, d. h. an die Stelle der staatlichen Genehmigung soll das Placet der Handelskammer treten.

Verteidigung der Gemeindevetokratie.

Dem preussischen Beispiel ist bisher keines der anderen großen deutschen Länder gefolgt, insbesondere in Süddeutschland ist die Achtung vor den Grundgedanken der Gemeindevetokratie so stark geblieben, daß selbst in Bayern und Württemberg die in der gleichen Richtung tendierenden Forderungen der Berufsvertretungen bisher abgelehnt worden sind. Auch in Preußen werden die Gemeindegemeinschaften unbeschadet eines örtlich oft sehr guten und fruchtbareren Verhältnisses zu den Handels- und Handwerkskammern nicht müde werden, gegen diese gesetzlichen Bestimmungen Sturm zu laufen, um so mehr, als die Ausdehnung auf andere Kategorien der Einwohnerschaft ja nur eine Frage der Zeit ist und damit die gemeindliche Selbstverwaltung auf politischer Grundlage immer mehr durch die reinen Interessensvertretungen ersetzt werden würde.

Schon ist festzustellen, daß in den neuen Rahmengesetzwerken des Reichsfinanzministeriums für das ganze Reich die Mitwirkung nicht nur bei der Gewerbe-, sondern auch bei der Grundsteuer vorgeschrieben ist. Es sind nach diesen Bestimmungen neben den Handels- und Handwerkskammern auch die Landwirtschaftskammern zu hören. Gegen diese Tendenzen muß mit größter Entschiedenheit von allen Vertretern einer starken politischen Demokratie schleunigst Stellung genommen werden; insbesondere muß die Sozialdemokratische Partei nicht nur dafür Sorge tragen, daß eine derartige Bestimmung nicht Gesetz wird, sondern daß auch dort, wo diese Vorschriften bereits bestehen, bald ihre Befreiung durchgeführt wird.

Zusammenhang erhält die Idee vernünftigen Sinn, daß eine europäische Bundesreservebank geschaffen werden soll, wie es scheint in London, die die organisatorische Brücke nach Amerika und auf der anderen Seite eine Währungs- und Kreditzentralbank für sämtliche europäischen Staaten darstellen würde. Daß in der Frage der interalliierten Schulden und der Reparationen irgend welche Beschlüsse in Frage kommen, ist natürlich ausgeschlossen. Doch kann man als sicher annehmen, daß diese Fragen, weil sie mit den anderen eng zusammenhängen, in New York ernsthaft diskutiert werden.

So liegen im Wesen der Dinge Möglichkeiten, die für die europäische politische Praxis der Zukunft von größter Bedeutung sind. Es wäre zu begrüßen, wenn die Notenbankleiter, ihrer unabhängigen Stellung und ihrer großen tatsächlichen Macht bewußt, zu bestimmten Abreden kommen könnten. Sicher ist der Weg über finanzpolitische Vereinbarungen der vornehmste Schlüssel zur praktischen europäischen Staatenvereinigung. Die Notzeiten der Völker sind immer die Geburtsstunden höherer politischer Vernunft gewesen. In diesem Sinne können die New-Yorker Konferenzen nützliche Geburtsheifer werden.

Die Weltkohlenförderung im Jahre 1926.

Nach Ermittlungen des Reichskohlenrates beträgt die Weltkohlenförderung im Jahre 1926 1184,1 Millionen Tonnen. Gegenüber 1925 ergibt sich eine Abnahme um 3,7 Millionen Tonnen oder um 0,31 Proz.; gegenüber 1913 bleibt das Ergebnis um 32,7 Millionen Tonnen oder um 0,69 Proz. noch zurück. Nach dem Kriege hat die Weltkohlenförderung das Ergebnis des Jahres 1913, in welchem 1216,8 Millionen Tonnen gefördert wurden, noch niemals erreicht. Weltbraunkohlenförderung stellt sich im Jahre 1926 auf 178,8 Millionen Tonnen gegen 177,3 Millionen Tonnen im Jahre 1925 und gegen 124,9 Millionen Tonnen im Jahre 1913; gegenüber 1913 beträgt die Steigerung 43,2 Proz.

Wenn die Steinkohlenförderung und Braunkohlenförderung zusammengezählt werden, dann sind im Jahre 1926 2,3 Proz. mehr Kohlen (Stein- und Braunkohlen zusammen) gefördert worden als im Jahre 1913. Die Weltkohlenherstellung betrug im Jahre 1926 97,1 Millionen Metertonnen gegen 100,1 Millionen Tonnen im Jahre 1925 und gegen 107,3 Millionen Tonnen im Jahre 1913.

Die Steinkohlenförderung der Welt verteilt sich auf die einzelnen Erdteile folgendermaßen:

| | In Mil. Meter Tonnen | 1926 | 1925 | 1913 |
|--------------------|----------------------|--------|--------|------|
| Europa | 459,0 | 538,7 | 608,8 | |
| Amerika | 615,0 | 541,6 | 532,1 | |
| Asien | 75,7 | 71,7 | 64,7 | |
| Afrika | 13,4 | 17,1 | 8,7 | |
| Ozeanien | 21,0 | 18,7 | 14,5 | |
| Zusammen | 1184,1 | 1187,8 | 1216,8 | |

Der Anteil Europas an der Weltförderung ist gegenüber 1925 um 6,59 Proz. gefallen und bleibt mit 11,11 Proz. hinter dem Friedensjahre von 1913 zurück. Amerikas Anteil ist um 6,34 Proz. gestiegen und übertrifft den Friedensjahre um 8,22 Proz. Amerika hat damit die erste Stelle in der Weltkohlenförderung im Jahre 1926 nicht nur behauptet, sondern seinen Vorsprung gegenüber Europa um 0,25 Proz. im Jahre 1925 auf 13,18 Proz. im Jahre 1926 erweitert.

In dieser Statistik sind leider die Verschleubungen, die der Ausfall der englischen Kohlenproduktion während mehr als sechs Monaten zur Folge hatte, mit keinem Wort erwähnt. Besonders die Produktionsverteilung auf die einzelnen Kontinente wird dadurch erheblich beeinträchtigt.

Schwierigkeiten ohne Ende beim Stahlwert Feder. Die nach dem Zusammenbruch der Stahlwert Feder A.-G., Wüllich und Berlin, im Jahre 1925 vorgenommene Sanierung, die des von 150 Millionen Papiermark auf 1,5 Millionen Reichsmark umgestellte Kapital wieder auf 6,5 Millionen erhöhte, hat dem Unternehmen noch immer keine gesunde Basis geben können. Der Verlust von einer Million Reichsmark im Jahre 1925 ist, wie der Aufsichtsrat jetzt mitteilt, mittlerweile auf 4,5 Millionen angestiegen, beträgt also rund 70 Proz. des Aktienkapitals. Von der Verwaltung wird dieser unerwartet hohe Verlust auf die nur teilweise Ausnutzung der Betriebsanlagen, die lange Stilllegung während der Geschäftsaufsicht und die allgemein ungünstige Wirtschaftslage in den beiden letzten Jahren zurückgeführt. Zur endgültigen Sanierung soll jetzt das Kapital noch einmal im Verhältnis 4:1 zusammengeschrumpft und sodann auf 12 Millionen erhöht werden. Die letzten Betriebsnachrichten des Stahlwertes lauteten nicht ungnädig. Es sind bedeutende Betriebsverbesserungen vorgenommen; auch hat sich der Beschäftigungsgrad der Gesellschaft seit mehreren Monaten erheblich verbessert.

Einigung und Neuorganisation im Zigarettengewerbe. Zwischen der Zigarettenindustrie und dem Zigarettenhandel, bei denen es durch den bekannten Erlaß des Reichsfinanzministers zunächst zu schweren Auseinandersetzungen gekommen war, sind jetzt abschließende Vereinbarungen getroffen worden. Wertwährungsweise wurden bei diesen Vereinbarungen die Maßnahmen des Reichsfinanzministeriums grundsätzlich anerkannt und zum Ausgangspunkt genommen. Darüber hinaus scheint die Verordnung die unerwartete Wirkung gehabt zu haben, daß zwischen den Erzeugern und dem Handel eine gewisse planmäßige Ordnung des Marktes geschaffen wird. Geändert wird durch diese Vereinbarungen an den durch das Ministerium geregelten Vertriebswegen des Handels zunächst nichts. Die Händler beugen sich also den besonderen Vorteilen, die den Erzeugern durch die Regelung erwachsen. Die Verordnung wird aber dadurch umgangen, daß man den Großhändlern einen weiteren, an den Umsatz gebundenen Staffelpreis gewährt, der zentral nach der Umlagehöhe vierteljährlich ausgeschüttet werden soll. Wie man auch zu der Verordnung stehen mag, ihre Umgebung zugunsten der Großisten ist abzulehnen. Gegen die Schleuderei werden die Kleinverkaufer- und Wiederverkaufspreise durch besondere Maßnahmen geschützt. Die wichtigste dieser Maßnahmen ist die Einführung einer Ausweisliste für jeden bezugsberechtigten Händler. Von den nichtorganisierten Industriellen erwartet man, daß sie sich diesen auf drei Jahre geschlossenen Vereinbarungen anschließen werden. Die Sonderrabatte für Großisten werden bei den Ladenhändlern sicher und mit Recht Bedenken erwecken, die sich ohnehin durch die vielfach von Großisten geleiteten Verhandlungen mit der Industrie nicht genügend vertreten fühlen.

Geheimnisse der Finanzdiplomatie.

Die Chefs der Notenbanken in New York.

Anfang dieses Monats ist Dr. Schaaf, der Leiter der deutschen Währungs- und Kredit-Zentralbank, nach New York gefahren und hat sich dort mit den Chefs der englischen, französischen und amerikanischen Zentralbanken getroffen. In den nächsten Tagen wird auch der Leiter der belgischen Nationalbank in New York erwartet. Die Herren kommen nicht zum Vergnügen zusammen und auch nicht aus Gründen politischer Höflichkeit. Es handelt sich zweifellos um sehr ernste Erwägungen. Aber über die auf vier Wochen, wie übereinstimmend gemeldet wird, berechneten Verhandlungen verlautet kein Sterbenswort. Noch nirgend war die Diplomatie, die immer zu Schweigen verstand, so schweigsam, wie diese Diplomaten der höchsten Finanz. Aber ein bißchen scheint sich der Schleier hebt zu lassen.

Probleme, die die Leiter der Notenbanken beschäftigen könnten, liegen ja genug in der Luft. Amerika hat keine ungetrübte Freude daran, daß es heute in seinen Bundesreservebanken die gute Hälfte des gesamten in der Welt vorrätigen Goldes beherbergt. Da Europa mit der Heranziehung amerikanischen Kapitals trotz der heute schon überragenden Stellung der Vereinigten Staaten als Glaubigerland langsamer Erfolg hat, als es Amerika nötig wäre, befürchtet man in den Vereinigten Staaten wegen der Goldfälle nicht mit Unrecht schwerere wirtschaftliche Erschütterungen, als es an sich notwendig wäre. Die Voraussetzungen zu stärkerem Gold- und Kapitalabfluß nach Europa sind an sich gegeben. Noch ist die französische und die polnische Währung nicht stabilisiert, noch vermag die Sanierung der europäischen Volkswirtschaften den überall den amerikanischen Kapitalmarkt durch beträchtliche Anleihen zu entlasten. Auf der anderen Seite fehlen in

Europa die organisatorischen Voraussetzungen zu einer einheitlichen Geltendmachung des europäischen Gold- und Kapitalbedarfs für die speziellen Zwecke der Währungs- und Wirtschaftslenkung. Die Organisation des Gold- und Kapitalbedarfs Europas ist daher eine Frage, die für die europäischen Notenbankleiter ebenso wichtig ist wie für die amerikanische Volkswirtschaft. Der Ausgleich zwischen amerikanischen und europäischen Noten, die sich gleichermaßen fördernd in den beiden Kontinenten auswirken, wird schließlich empfindlich gehemmt durch die immer noch nicht in Angriff genommene Frage der interalliierten Schulden und die eines Tages mit Notwendigkeit zu neuen Verhandlungen zwingenden deutschen Reparationsverpflichtungen nach dem Dawes-Plan.

Es ist kein Zweifel, daß die Gesamtheit dieser Probleme in New York von den Leitern der Notenbanken diskutiert wird. Denn diese formell höchst unpolitischen Beamten haben glücklicherweise das Recht, höchst wichtige und delikate politische Fragen gewissermaßen als Privatangelegenheiten behandeln zu dürfen. Sie sind keiner Öffentlichkeit über ihre Verhandlungen Rechenschaft schuldig. Bestimmte Fragen scheinen nun aber mit besonderer Dringlichkeit behandelt zu werden.

Die größte Wahrscheinlichkeit haben ernste Erwägungen über die endgültige Stabilisierung der französischen und der polnischen Währung für sich, die tatsächlich auch vom europäischen Standpunkt als die ernstesten europäischen Probleme angesehen werden müssen. Mit einiger Bestimmtheit wird gemeldet, die Beteiligung der Bank von Frankreich an den Verhandlungen bekommt dadurch besonderen Sinn, daß nach den großen französischen Goldkäufen die französische Währung im Verhältnis 5:1 stabilisiert werden soll, so daß fünf Papierfranken einem Goldfranken entsprechen würden. Polen auf der anderen Seite soll ein Kreditkontingent von 20 Millionen Dollar für die polnische Staatsbank gewährt werden, der die Stabilisierung des Zloty erleichtern soll. Im diesem

BERLINS GRÖSSTES SEIFEN-SPEZIALHAUS
Seifengroßhandlung

Gross- u. Klein-Verkauf

ZUM SPECHT

Telefon Norden 315, 316

BERLIN - ROSENTHALERSTR 13
Tel.: Norden 315 u. 316